

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Hilringhaus, Berlin.
Sprechsprecher: Ernst Döhring 4196/4195



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Telefonanschrift: Copalhaus

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Antrittstermin, wenn nicht anders vereinbart ist. Druckort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 9. Juli 1931

Internat. Revue
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Wie es kam!

Mit dem Flugzeug nach dem letzten Warenhaus.

SPD. Wenn man die Serie der letzten Grosspleiten Revue passieren lässt, wird wohl jeder normale Mensch von der Neigung befallen sein, sich an den Kopf zu fassen und zu sagen: Wie konnte das nur kommen! Wie ist das nur möglich gewesen! Unternehmungen, die innerlich kerngesund sind, hat man in wenigen Jahren vor die Hunde gewirtschaftet. Ihre Aktien sind an der Börse beinahe bis auf den Nullpunkt gesunken; sie sind fast, wie der Börsenmann sagt, Nonvaleurs. Ohne Wert. Die Nordwolle mit einem blossen Aktienkapital von 75 Millionen Mark wird von der Börse mit eben 2 Millionen Mark bewertet. Das besagt wohl alles!

Gewiss, die Krise erklärt vieles. Von den Rohstoffmärkten aus werden die Wirtschaften aller Länder revolutioniert. Wir stehen in einer beispiellosen Umwälzung und Umwertung. Während es eine faschistische Bewegung in der Welt gibt, die von dem Kampf gegen den Marxismus lebt, hat sich die Weltgeschichte den Witz erlaubt, uns eine Lektion für die Richtigkeit des historischen Materialismus und des Marxismus zu erteilen. Der Mann, der im amerikanischen Weizengürtel - es sind erst ein paar Jahre seitdem vergangen - auf den genialen Gedanken kam, Traktor und Mährescher systematisch als Druck auf die Gestehungskosten einzusetzen, und durch eine veränderte Technik im Produktionsprozess die Arbeitsleistung pro Kopf verzehnfachte und verzwanzigfachte, hat nicht nur die Gestehungskosten halbiert und dezimiert, sondern auch eine Entwicklung ausgelöst, die alles mitgerissen hat und mitreisst und deren Auswirkungen auf unser wirtschaftliches, politisches und kulturelles Leben heute noch garnicht abzusehen sind. Das war der Beginn der Weltwirtschaftskrise. Das deutsche Unternehmertum, das durch Mechanisierung, Fliessarbeit usw. fast ähnliche Erfolge in der industriellen Verarbeitung erzielt hatte, erkannte die innere Ursache für den katastrophalen Sturz der Rohstoffpreise - sie fielen um 50 und 70 Prozent und sogar um 95 Prozent - viel zu spät. Wie es die durch Technik erreichte Verbilligung der menschlichen Arbeitskraft im Lande selbst leugnete, übersah es dieses Phänomen auch in den überseeischen Rohstoffgebieten. Die deutsche Wirtschaft war auch durch Trusts und Kartelle zu sehr gehemmt, um sich schnell genug mit radikalen Preisermässigungen auf die neue Weltsituation einzustellen. Mit Abbau des Arbeitslohnes, des einzigen beweglichen Faktors in den Gestehungskosten, waren die Dinge aber nicht mehr zu werfen. So entstand die ungeheure Kluft zwischen Produktion und Verbrauch, die schliesslich bis zum Sommer 1931 die gesamte Wirtschaftstätigkeit auf das Ausmass von 1924, also nach der grossen Inflation, die jede Wirtschaftstätigkeit lähmte, zurückwarf. Dazu kam die Geldkrise, die Kapitalknappheit und die Verteuerung des Leihgeldes, die besonders nach der Hitlerwahl im September 1930 einsetzten. Merkwürdigerweise hat das deutsche Unternehmertum in der Hitlerbewegung etwas finanziert, wodurch es selbst getroffen wurde. Der zurückfliegende Pfeil, der den Schützen trifft! Die Zusammenhänge zwischen Rechtsradikalen und ihrer Zinsknechtschaftsagitation in Deutschland mit der deutschen Kapital- und Zinskrise ist ein Ar-

mutszeugnis für das deutsche Unternehmertum. Es beweist bedenkliche Engstirnigkeit. Aber schliesslich ist es wie bei jeder Krise, solange es kapitalistische Produktion gibt: die Krise erst offenbart die Mängel, die seit langem vorhandenen Fehler in der Wirtschaft und der Wirtschaftsverfassung.

Kapitalfehlleitungen, Fehlinvestitionen, Ueberspekulationen! Man ist immer geneigt, diese unangenehmen Dinge, die uns neute den Atem nehmen wollen, mit der Umstellung der deutschen Industrie, mit der sogenannten Rationalisierung, zusammen zu bringen. Die eigentliche Rationalisierung, die notwendige Einstellung auf einen grösseren Arbeitseffekt, die Anwendung moderner Arbeitsverfahren und selbst die Mechanisierung, die schliesslich unter den technischen Neuerungen das Teuerste gewesen ist, hat die Finanzkraft unserer Industrie wahrlich nicht überanstrengt. Sie wurde auch aus den Reserven und aus den laufenden Einnahmen durch die berüchtigte Selbstfinanzierung bezahlt.

Anders stellt sich die Konzentration dar. Als man mit den technischen Neuerungen die Quellen der Rationalisierungsgewinne erbohrte, wurde das Unternehmertum von einem Taumel erfasst. Wenn man die Arbeitsleistung verdoppelte, ersparte man rund die Hälfte der Löhne. Steigerte man die Arbeitsleistung um das Vielfache - und wir haben phantastischere Arbeitsleistungssteigerungen -, dann drückte man das Lohnkonto auf ein Viertel. Die Rationalisierungsgewinne schienen in den Himmel wachsen zu wollen und es erschien kaum mit Risiko verbunden und durch den Erfolg in der Bilanz und der Ertragsrechnung begründete Pflicht des Generaldirektors zu sein, möglichst viel Maschinen zusammen zu kaufen, möglichst einen ganzen Industriezweig zu beherrschen und zu den Gewinnen aus der Rationalisierung noch die Gewinne aus den Monopolen zu schlagen. Das machte selbst sonst kühle Köpfe heiss. Es begann ein grosses Zusammenkaufen, wie wir es in der Inflation erlebten. Jeder kleine Direktor fühlte sich als ein zweiter Hugo Stinnes.

Gelegentlich seiner Jubiläumstagung vor einigen Jahren gab der Warenhausverband eine Scherzzeitung heraus, mit vielen launigen Sprüchen und Bildern. Darunter eins, das den Wettlauf der Warenhauskonzerne nach dem letzten Warenhaus zeigte. Das letzte Warenhaus dort hinten in der Polakei. Karstadt, die beiden Tietz, Wronker und wie sie alle heissen mögen, zu Pferd, im Auto, im Zeppelin und im Flugzeug, um zuerst an Ort und Stelle zu sein, um das letzte, noch selbständige Warenhaus zu ramschen. Wenn man im Westen eine Zentralkokerei nach den anderen baute, sozusagen ein Stahlwerk auf das andere und ein Röhrenwerk neben das andere, wenn die Nordwolle mir nichts dir nichts in West-, Süd- und Mitteldeutschland und wer weiss wo noch sonst sich die Textilfabriken gleich serienweise angliederte, wenn der Linoleumtrust nicht an den deutschen Fabriken genug hatte, sondern das Monopol nach Holland, der Schweiz und Frankreich ausdehnte, wenn die Zellstoffindustrie, die an sich ihre deutsche Produktion nicht unterbringen kann, für Dutzende von Millionen in Finnland eine Fabrik baute, mit der sie sich selbst Konkurrenz machen muss, und die Favag bis in die hintersten Winkel Ungarns nach dunklen Engagements suchte, dann ist das das Rennen um das letzte Warenhaus. Die Sucht nach dem Rationalisierungsgewinn steigerte die Kapazität wirklich bis in den Himmel und da man die Reallöhne drückte und schliesslich zum Abbau der Nominallohne überging, fehlte es an jeder Möglichkeit die Produktion auch nur annähernd auszunutzen. Das war die Pleite: Es beginnt mit der Favag; dann kommen Zusammenbrüche in der Vergnügungsindustrie, bei einem halben Dutzend weiterer Versicherungsgesellschaften, in der Bauindustrie; Fehlinvestitionen der Kunstseide, skandalöse Unbegreiflichkeiten in der Zementindustrie; zwischendurch brechen einige kleinere und mittlere Banken zusammen, andere schon grosse und ganz grosse müssen fusioniert werden; dann kommt der grosse Kladderadatsch: Daimler-Benz, Karstadt, Zellstoff-Waldhof, Linoleumwerke Nordwolle. Und wir sind noch nicht am Ende!

Schon die übertriebene Konzentration fällt ins Gebiet des Pathologischen. Völlig krankhaft ist aber die Art und Weise, wie diese Konzentration und Spekulationen mit oft ganz kurzfristigen Anleihen finanziert wurden. Ehrgeiz und Grossmannssucht - der kleine Stinnes! - haben eine fürchterliche Rolle gespielt. Daneben hat zwifellos auch eine genügende Kontrolle gefehlt. Schliesslich Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft. Die Forderung nach wirklicher Betriebsdemokratie erhält durch die Serienpleiten nur doppelte Bedeutung.

SPD. Hannover, 9. Juli (Eig. Drahb.)

Der sozialdemokratische Hannoversche "Volkswille" meldet in seiner Donnerstags-Ausgabe, dass die gesamte Wegebauverwaltung der Provinz Hannover mit Ausnahme von wenigen Beamten in eine grosse Bestechungsaffäre verwickelt ist.

Die technischen Beamten der Wegebauverwaltung - so berichtet der Volkswille - haben sich von Privatfirmen, die in geschäftlicher Verbindung mit der Wegebauverwaltung standen, Bestechungsgelder zahlen lassen. So hat die Firma Preusse-Braunschweig in den letzten Jahren allein an über 40 Beamte Geldbeträge gezahlt, die in einzelnen Fällen die Höhe von 8 bis 10 000 Mark erreichten. Es war den Beamten schliesslich eine Selbstverständlichkeit geworden, von den Firmen Korruptionsgelder zu bekommen, mit denen ihre Behörde in Verbindung stand. Es wurde bereits vor einem Jahre dem Personalchef der Provinzialverwaltung, Schatzrat Dr. Heintze, ein Brief zur Kenntnis gebracht, in dem ein Beamter der Wegebauverwaltung von einer Firma umgehend 750 Mark für seine Urlaubsreise verlangte und zwar mit der Bemerkung, dass die Firma den Betrag bei der nächsten Lieferung abziehen könnte. In einem Disziplinarverfahren, das wegen ähnlicher Verfehlungen gegen braunschweigische Beamte durchgeführt wurde, gab die Firma Preusse an, dass andere Firmen noch weit höhere Beträge zur Bestechung der Beamten ausgegeben hätten als sie den Beamten zugesteckt habe. Es ist weiter bekannt, dass zwischen technischen Beamten der Wegebauverwaltung und Privatfirmen Beziehungen geschäftlicher Art angeknüpft wurden. Beamte beteiligten sich finanziell an den Strassenbauunternehmungen. Sie gaben Betriebskapital und waren dementsprechend an dem Gewinn beteiligt. Sie hatten also ein persönliches Interesse daran, dass ein Unternehmen, an dem sie beteiligt waren, an der Provinz gut verdiente. Die Bestechungsgelder wurden gegeben um von der Wegebauverwaltung ausgiebig mit Materiallieferungen bedacht zu werden. In den weitest ausmeisten Fällen aber wurden sie gezahlt, damit die Beamten bei der Lieferung von schlechtem Material, wobei die Firmen am meisten verdienten, die Augen zudrückten.

Die Provinz Hannover muss in den vergangenen Jahren durch Lieferung schlechten Strassenbaumaterials um Riesensummen betrogen worden sein. Der sozialdemokratische "Volkswille" fordert gründliche Untersuchung und rücksichtsloses Aufräumen mit dem Korruptionsherd in der hannoverschen Provinzialverwaltung.

SPD. Der Pressedienst der Zentrumspartei schreibt zu dem Nordwolle-Skandal: "Das hat uns gerade noch in dieser Stunde gefehlt. In einem Augenblick, in welchem alles an einem Faden hing, in welchem es darauf ankam, eine Vertrauenskrise von geradezu niederschmetterndem Ausmass zu überwinden, in diesem selben Augenblick verludert ein einziges Unternehmen fast zweihundertfünfzig Millionen Goldmark; nahezu den sechsten Teil der Lasten, von denen nach unendlichen Mühen und Sorgen die gesamt-deutsche Wirtschaft in einem ganzen Jahr befreit werden soll.

Hier klafft auch eine Lücke im Strafgesetzbuch. Was haben die Schädlinge, die so furchtbar viel Unglück über tausende und Abertausende von Existenzen gebracht haben, die den Ruin vieler solcher Existenzen auf ihrem Gewissen tragen müssen, denn schon viel zu riskieren und was kann ihnen denn schon passieren? Hier muss gründlich zugepackt werden. Solange sich aber solche Dinge unter den Augen der Wirtschaft und ihrer verantwortlichen Führer vollziehen können, solange ist etwas nicht in Ordnung, und man kann sich wirklich nicht wundern, wenn die ausländischen Geldgeber, aber auch die inländischen es mit der Angst und mit dem Grauen zu tun bekommen, die den Ruf des reellen und soliden deutschen Kaufmannes vor aller Welt geschändet haben."

SPD. Paris, 9. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes Albert Thomas, der zur Zeit in Paris weilt, äusserte sich gegenüber einem Pressevertreter über die Weltwirtschaftskrise wie folgt :

"Ich habe Dienstag in Basel mit kompetenten Wirtschaftsleuten gesprochen. Sie haben mir nicht nur die Lage Deutschlands, sondern auch die verschiedenen anderer Länder als ernst geschildert. In Ungarn musste man vor kurzem verhindern dass ein Zahlungsmoratorium verkündet wird. Denn wenn dort ein Moratorium ausgesprochen worden wäre, würde das Gleiche sofort in Österreich, Südslawien und in anderen Ländern der Fall sein. So ist die finanzielle Lage. Die soziale Lage ist ebenfalls nicht ermutigend. Um die furchtbare wirtschaftliche Krise zu überwinden, muss auf allen Gebieten sofort etwas unternommen werden. Als vor einigen Tagen der belgische Bankier Francqui die Idee einer internationalen Kreditbank lancierte, habe ich sofort Propaganda dafür gemacht. Mit einer solchen Bank würde die Möglichkeit geschaffen, nichtangelegte Kapitalien zu mobilisieren und der europäischen Wirtschaft neues Leben einzuflössen."

SPD. Der Preussische Landtag lehnte am Donnerstag den Antrag auf seine Auflösung mit 229 gegen 190 Stimmen ab.

Gegen die Auflösung stimmten u.a. 135 Sozialdemokraten, 70 Zentrumsabgeordnete, 21 Staatspartei, 2 Volksrechtspartei, dafür u.a. 70 Deutschnationale, 40 Kommunisten, 33 Volkspartei, 16 Wirtschaftspartei, 16 Landvolk-abgeordnete, 6 Nationalsozialisten, 4 Christlich-Soziale, 1 linker Kommunist (Seipold), 2 Oppositionskommunisten. Die fünf Abgeordneten der Deutsch-Hannoverschen Partei beteiligten sich nicht an der Abstimmung.

SPD. New York, 9. Juli (Eig. Bericht)

Der Führer der deutschen Sozialdemokratie Otto Wels gewährte dem Berliner Vertreter des "New Yorker "Vorwärts" dieser Tage ein Interview über die Hoover-Aktion, in dem er u.a. ausführte :

"Wenn Sie mich fragen, wie die Botschaft des Präsidenten Hoover auf Deutschland gewirkt hat, so kann ich nur sagen, sie wirkte geradezu befreiend auf jeden, der die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands in jenen Tagen kannte. Deutschland stand in der Tat vor dem Zusammenbruch. Die psychologische Wirkung der Hoover-Hilfsaktion war eine ausserordentlich starke und sie wäre es auch geblieben, wenn gleich England und den übrigen Mächten, Frankreich mit gleicher Schnelligkeit diesem Plan beigetreten wäre. Durch die langwierigen Verhandlungen aber erneuerten sich die inneren Schwierigkeiten Deutschlands auf dem Kapitalmarkt und wuchsen derartig, dass eine ausserordentliche Hilfsaktion durch die Hergabe von 100 Millionen Dollar, von denen Frankreich 40 % zur Verfügung gestellt hat, erforderlich wurde. Es ist kein Zweifel, dass auch die Stunde der Einigung zwischen Amerika und Frankreich, Deutschland schon wieder in einer geradezu furchtbaren Situation fand und dass diese Einigung, um ein bekanntes Wort zu gebrauchen, eine Minute vor 12 Uhr erfolgte. Deutschland benötigt dringend grosse langfristige Kredite. Meine Auffassung ist, dass die Hilfsaktion nur unternommen wurde, um eine ungeheure Verschärfung der Weltwirtschaftskrise zu verhindern und sie nur einen ersten Schritt darstellen kann. Der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft würde das politische Chaos in Deutschland, aber auch den wirtschaftlichen Zusammenbruch Europas nach sich ziehen. Ich möchte die Hilfsaktion, die Deutschland zuteil geworden ist, vergleichen mit der Handlung eines Arztes, der einem Schwerkranken in höchster Lebensgefahr Sauerstoff zuführt. Er handelte als gewissenhafter Arzt sicherlich nicht richtig, wenn er dem Kranken die Bedingung auferlegte: 5 Minuten darfst Du Sauerstoff

atmen, dann nehme ich Dir das rettende Instrument vom Munde insbesondere dann, wenn der Arzt erkannt hätte, dass wenige Minuten weiteren Gebrauches die völlige Genesung des Kranken herbeiführen würde, während die Entziehung den Tod bedeuten müsste.

In dem Plan des Präsidenten Hoover liegt soviel innere Konsequenz und ein so starkes Erkennen der Verbundenheit der Weltwirtschaft, dass ich die Hoffnung habe, dass er den Anfang darstellt für eine wirkliche Beendigung des Krieges."

SPD. Paris, 9. Juli (Eig. Drahtb.)

Ein Geschwader von 6 Militärflugzeugen neuesten Modells, gesteuert von den bekanntesten französischen Fliegern Costes, Pelletier, Doist usw. ist am Donnerstag in Villacoublay bei Paris zu einem Propagandaluftflug durch Europa gestartet. Auf dem Fluge sollen u.a. berührt werden: Brüssel, Kopenhagen, Stockholm, Helsingfors, Riga, Warschau, Bukarest, Belgrad, Konstantinopel, Athen, Rom und Zürich.

SPD. Kiel, 9. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Verhaftung des hiesigen nationalsozialistischen Ortsgruppenleiters und fast des gesamten Vorstandes hat zu sensationellen Enthüllungen geführt.

Anlass zu der Verhaftung gaben Tränengasattentate während der Vorführung des Filmes "Im Westen nichts Neues". Ihre Vorbereitung erfolgte, wie polizeilich festgestellt wurde, nach einer Besichtigung der SA und der SS durch Hauptmann Röhm aus München. Nach der Besichtigung trat die SS nochmals zusammen. Der Adjutant des Sturmbannführers forderte zur Meldung von "Freiwilligen" auf, die "eine besondere Aufgabe" erledigen sollten. Fünf Mann meldeten sich. Sie wurden beauftragt, mit Tränengas die Filmvorführung zu verhindern. Die Freiwilligen mussten sich zunächst in der Geschäftsstelle der NSDAP einfinden. Dort befanden sich der Ortsgruppenleiter und der Geschäftsführer, in deren Anwesenheit eine Probe mit dem Tränengas vorgenommen wurde. Der Sturmbannführer hat der Polizei gegenüber gestanden, von dem Vorhaben der SS-Leute gewusst zu haben. Aber er will die ganze Geschichte nicht ernst genommen haben. Die Hälfte der Verhafteten hat bereits ein Geständnis abgelegt.

Interessant und bezeichnend für das verlogene Doppelspiel der Nazis ist, dass die Nationalsozialisten nach den Störungen in der hiesigen Rechtspresse erklären liessen, sie hätten den strikten Befehl an alle ihre Mitglieder erlassen, sich unter keinen Umständen an den Störungen der Filmvorführungen zu beteiligen. Zur selben Zeit fanden in dem gleichen Parteibüro, in dem dieser angebliche Befehl erlassen wurde, Tränengasübungen statt. Die festgenommenen Nazis sind inzwischen dem Amtsgericht zugeführt worden.

SPD. Das Berliner Nazi-Organ, das vor Schulden nicht ein noch aus weiss, wird tagtäglich mehr vom Pech verfolgt. Das Neueste ist, dass eine bekannte Zigarettenfirma, die beste Inserentin des Nazi-Blättchens, die Bezahlung der Inserate verweigert, weil die beim Abschluss der Aufträge zugesicherte Auflage des Blattes nicht stimmt. Die Firma erhebt den Einwand der arglistigen Täuschung und behauptet, die Aufträge nicht erteilt zu haben, wenn sie gewusst hätte, dass die wirkliche Auflage des Blattes nur einen Bruchteil der angegebenen Ziffer beträgt.

SPD. Riga, 9. Juli (Eig. Drahtb.)

Die russische Regierung hat an die Wirtschafts- und Gewerkschaftsorganisationen des Donetz-Beckens einen Aufruf gerichtet, in dem es heisst, dass im Laufe von 2 Monaten mit der Nivellierung der Arbeitslöhne aufgeräumt und spätestens am 1. September das Akkordlohn-System eingeführt werden soll. In dem Aufruf werden die Wirtschafts- und Gewerkschaftsorganisationen ferner aufgefordert, in Zukunft bessere "sachliche Beziehungen zu den gewissenhaft arbeitenden Ingenieuren und Technikern in die Wege zu leiten".

SPD. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Mertins und Hartwig haben im Preussischen Landtag folgende Kleine Anfrage eingebracht:

"Zuverlässigen Nachrichten zufolge werden deutschnationale Zeitungen in Ostpreussen und Pommern vielfach dadurch alimentiert, dass Gutsbesitzer für ihre Landarbeiter eine grössere Anzahl von Exemplaren im Sammelbezug abnehmen. Die Landarbeiter sollen auf diese Weise politisch beeinflusst werden, um den wirtschaftlichen Interessen der Gutsbesitzer besser dienstbar gemacht werden zu können. Die Abnahme derartiger Abonnements zum Teil in Höhe von 50 bis 100 Exemplaren durch einzelne Gutsbesitzer ist ein Beweis dafür, dass diese betreffenden Besitzer finanziell sehr gut gestellt sein müssen und dass sie sogar über überflüssige Geldmittel verfügen. In auffallendem Gegensatz zu dieser logisch zwingenden Feststellung steht jedoch die Tatsache, dass in vielen Fällen die gleichen Herren Mittel aus der Osthilfe, also aus öffentlichen Mitteln, bestragt haben, um vor dem drohenden finanziellen Ruin geschützt zu werden. Als Beispiel geben wir an die Alimentierung der "Osteroder Zeitung" in Osterode, von der etwa 1000 Exemplare regelmässig durch derartige Gutsbesitzerabonnements abgenommen werden. Ohne diese Unterstützung würde wahrscheinlich die Zeitung, die ihre Hauptaufgabe in einer böartigen und scharfen Hetze gegen die Republik und gegen die preussische Staatsregierung sieht, schon längst schwer notleidend geworden oder sogar eingegangen sein. Uns sind zuverlässig die Namen von zwölf Gutsbesitzern bekannt, die den bei ihnen beschäftigten Landarbeitern die "Osteroder Zeitung" gratis zur Verfügung stellen, zu gleicher Zeit aber auch Anträge an die Osthilfe richten, die zwischen 50 000 und 350 000 Mark im Einzelfall liegen. Zum Teil rekrutieren sich diese Herren aus dem ostpreussischen Landadel. Die gleichen Verhältnisse haben wir in Pommern festgestellt. Auch dort werden in genau derselben Art des Vorgehens deutschnationale Blätter in grösserem Umfange an die Landarbeiter verteilt. Auch hier steht uns ein entsprechendes Namenmaterial auf Grund sorgfältiger Ermittlungen zur Verfügung.

Wir fragen das Staatsministerium: 1. Was gedenkt es zu tun, um die unerhörte missbräuchliche Verwendung aus Mitteln der Osthilfe für Zwecke der rechtsradikalen Propaganda und grossagrarischer Interessenpolitik zu unterbinden? 2. Ist es nicht auch der Ansicht, dass die Gelder der Osthilfe, die von der Gesamtheit des Volkes aufgebracht werden, auch nur zur Intensivierung der Gesamtwirtschaft unter Ausschaltung parteipolitischer und grossagrarischer Interessen Verwendung finden dürfen?"

SPD. London, 9. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Exekutive des englischen Bergarbeiterverbandes fordert von der Arbeiterregierung die sofortige Ratifizierung des Genfer Abkommens über die Arbeitszeit im Kohlenbergbau. Ausserdem wird verlangt, dass die englische Regierung sofort mit den anderen europäischen Regierungen in Verbindung tritt, um eine Einigung über die Ratifikation der Konvention zu erzielen. Schliesslich hat der Vorstand des Bergarbeiterverbandes in einer Entschliessung noch die Erwartung ausgesprochen, dass die englische Regierung Konferenzen ins Leben rufen werde, die internationale Vereinbarungen über Produktion und Preise von Kohle in Europa treffen sollen.

SPD, Die Reichsregierung beschäftigt sich seit Tagen mit der Frage, wie den in einer ausserordentlich schwierigen Wirtschaftslage befindlichen Geldinstituten und Firmen geholfen werden kann. Die Lage vieler grosser Unternehmungen ist zur Zeit so, dass zu ihrer Weiterführung ungeheure Beträge erforderlich sind.

SPD. London, 9. Juli (Eig. Drahtb.)

Der plötzliche Besuch des Reichsbankpräsidenten Luther hat hier grosse Ueberraschung hervorgerufen. Luther traf um 1 Uhr 15 in der deutschen Botschaft ein, wo er sich bis 3 Uhr aufhielt. Dann traf er auf dem Viktoria-Bahnhof mit dem Gouverneur der Bank von England zusammen, mit dem er bis Dover reiste. Während der Reise informierte Luther den Gouverneur der Bank von England über die Finanzlage der Reichsbank. Von Dover aus reiste Reichsbankpräsident Dr. Luther nach Paris.

+ + +
Die Reise Luthers nach London hatte den Zweck, den Gouverneur der Bank von England um die Beteiligung an einer neuen Kreditaktion zugunsten Deutschlands zu ersuchen. Wie der "Soz. Pressedienst" erfährt, ist diese Aktion auf fruchtbaren Boden gefallen. England ist grundsätzlich bereit, sich an einer derartigen Aktion zu beteiligen. Voraussetzung ist, dass auch die anderen grösseren Noteninstitute der Welt eine entsprechende Zusage erteilen. Aus diesem Grunde hat sich Reichsbankpräsident Luther am Donnerstag nach seinem kurzen Aufenthalt in London sofort nach Paris begeben.

Die Verhandlungen drehen sich um einen Rediskontkredit in Höhe von 1,5 Milliarden Mark. Es ist zu erwarten, dass dieser Kredit noch in dieser Woche gewährt wird und sich ausser dem englischen und dem französischen Noteninstitut massgebende amerikanische Banken an der Kreditaktion beteiligen.

SPD. Rom, 9. Juli (Eig. Drahtb.)

Im Verlauf des am Donnerstag-Abend erfolgten Besuchs des amerikanischen Staatssekretärs Stimson bei Mussolini wurde der Hoover-Plan und das Abrüstungsproblem besprochen. Amtlich wurde dazu nach der Besprechung zwischen Stimson und Mussolini mitgeteilt, dass die Abrüstungskonferenz an dem vorgesehenen Datum stattfinden und auf jeden Fall gelingen müsse. Sonst würden die Völker die Regierungen zur Verantwortung ziehen. Gelingt sie, dann bedeute das die Lösung der Weltwirtschaftskrise.

SPD. Auf Grund der nunmehr für das ganze Deutsche Reich vorliegenden ersten Vorschätzung der Getreideernte durch die amtlichen Saatenstandsberichterstätter sind im Reichsdurchschnitt nach dem Stande zu Anfang Juli 1931 folgende Erträge je Hektar zu erwarten: Winterroggen 16,8 dz (endgültige Ernteterminnung 1930: 16,4 dz), Sommerroggen 13,6 dz (11,8), Winterweizen 21,3 dz (21,3), Sommerweizen 20,6 dz (20,9), Wintergerste 22,9 dz (24,2), Sommergerste 19,3 dz (18,0), Hafer 19,5 dz (16,4).

Unter Zugrundelegung der Ende Mai ermittelten Anbauflächen wäre nach diesen Durchschnittsschätzungen zu Anfang Juli eine Gesamternte an Roggen von 7,32 Millionen t (gegen 7,68 Mill. t im Vorjahr), an Weizen von 4,57 Mill. t (gegen 3,79 Mill. t), an Wintergerste von 523 000 t (475 000), Sommergerste von 2,68 Mill. t (2,38 Mill.) und an Hafer von 6,53 Mill. t (5,66 Mill. t) zu erwarten. Die Abweichungen gegenüber dem Vorjahr sind in erster Linie durch die starken Verschie-

bungen in der Anbaufläche bedingt, insbesondere ist der zu erwartende Minderertrag an Roggen in Höhe von rd. 360 000 t ausschliesslich auf die Einschränkung des Roggenanbaus (um 350 000 ha), andererseits der zu erwartende Mehrertrag von rd. 780 000 t Weizen auf die Erweiterung der Weizenanbaufläche (um 375 000 ha) zurückzuführen.

SPD. Rom, 9.Juli (Eig.Drahtb.)

Der Generalsekretär der Faschistischen Partei erklärte am Donnerstag, dass Mitglieder faschistischer Verbände nicht gleichzeitig den Verbänden der katholischen Aktion angehören könnten. Das ist die erste offizielle Antwort auf das jüngste Rundschreiben des Papstes.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichsfinanzministerium hatte kürzlich durch die Reichsbank mit einer inländischen Bankengruppe einen Schatzanweisungskredit abgeschlossen, der bis zu 250 Millionen betragen sollte, aber nur mit 184 Millionen RM in Anspruch genommen worden ist. Die Fälligkeit dieses Betrages war für den 16.Juli vorgesehen mit einem Prolongationsrecht zu Gunsten des Reichs. Auf Grund der durch den Hoover-Plan eintretenden Ersparnisse und entsprechend der von der Reichsregierung abgegebenen Erklärung, diese Ersparnisse zur Verminderung der schwebenden Schulden zu benutzen, hat das Reichsfinanzministerium sich entschlossen, von dem Prolongationsrecht keinen Gebrauch zu machen. Demnach wird der Betrag von 184 Millionen RM am 16.Juli dem Geldmarkte wieder zugeleitet.

SPD. Bremen, 9.Juli (Eig.Drahtb)

Das von der Premer Staatsanwaltschaft wegen des Zusammenbruchs des Norddeutschen Wollkonzerns eingeleitete Ermittlungsverfahren wird wegen Betruges und einer Reihe weiterer schwerer strafrechtlicher Verstösse gegen handelsrechtliche Vorschriften geführt. Ausserdem wird die Frage der Bilanzverschleierung und des Steuervergehens geprüft. Das Verfahren richtet sich ausser gegen die Vorstandsmitglieder von Nordwolle, die drei Brüder Lahusen, gegen mehrere leitende Persönlichkeiten der Nordwolle.

SPD. Kiel, 9.Juli (Eig.Drahtb.)

Der Student Eichhoff, der vor einigen Tagen gegen Professor Schücking vor versammelten demokratischen Studenten eine Tränengasbombe warf, ist durch den Beschluss des Universitätssenats von der Universität verwiesen worden.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Die SA als Inkassobüro.

SPD. Die Hitler'schen Prügelkolonnen machen alles, was ihnen aufgetragen wird, vorausgesetzt, dass sich dabei die Roheit betätigen kann. Die neueste Rolle, in der wir sie erblicken, ist die des Schuldeneinziehers. Eine Firma in Mannheim hatte einen Streit mit einem Mann in Wuppertal, der behauptete, Provisionsansprüche gegen die Firma zu haben. Die Firma wies seine Ansprüche als unberechtigt ab. Danach erhielt sie einen Brief der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei Bezirk Wuppertal, in dem es hiess, die Partei habe Vollmachten von ihren eine Provision fordernden Parteigenossen erhalten, seine Forderungen in Mannheim einzuziehen. Der Brief enthielt weiter die folgende ganz unmissverständliche Drohung :

"Sollten Sie sich weigern, diese Forderung anzuerkennen, so sehen wir uns zu unserem Bedauern gezwungen, die Sache unserem Rechtsbeistand in die Hände zu geben und gleichzeitig die Mannheimer Ortsgruppe der NSDAP zur weiteren Arbeit in dieser Angelegenheit heranzuziehen. Wir hoffen, dass diese Zeilen genügen, unserem Parteigenossen zu seinem Recht zu verhelfen."

Das ist eine hübsche kleine Erpressung, wie sie im Buche steht! Die Partei des Herrn Hitler hat sich im Wuppertal als Inkassobüro aufgetan, das mit dem Gummiknüppel der SA droht, wenn ungerechtfertigte Forderungen nicht bezahlt werden. Wir wissen nicht, ob dieser dreiste Nötigungsversuch bereits zu gerichtlichen Schritten geführt hat, aber das ist auch nicht das Entscheidende. Das Wesentliche ist, dass die Ortsgruppe Mannheim der NSDAP durch ihre Parteifreunde im Wuppertal als eine Bande von gekauften Strolchen hingestellt wird, die bei einer gemeinen Erpressung mitzuwirken bereit ist. Schliesslich muss eine Bezirksleitung des Herrn Hitler ja wissen, was von den Mitgliedern der NSDAP zu halten ist.

Der Uniformkoller.

Für die Bürgerkriegstruppe des Herrn Hitler gilt eine Anzugordnung, in der der Dienstanzug der Herren Offiziere vorgeschrieben ist. Diese Verfügung schreibt vor :

"Der Chef des Staates hochrote Spiegel mit goldenem Eichenlaub, Goldschnur am Spiegel, Kragen, Mützendeckel und Mützenaufschlag, hochrotem Ueberzug über Mützenkopf. Der Quartiermeister: karminrote Spiegel mit silbernem Eichenlaub, Silberschnur am Spiegel, Kragen, Mützendeckel und Mützenaufschlag. Die Referenten der obersten SA-Führung karminrote Spiegel mit goldenem Eichenlaub, Goldschnur um Spiegel, Kragen und Mützendeckel. Die Gruppenführer: hochrote Spiegel mit silbernem Eichenlaub, Silberschnur um Spiegel, Kragen, Mützendeckel und Mützenaufschlag, hochroter Ueberzug um Mützenkopf. Die Untergruppenführer Spiegel in Gausturmfarbe mit goldenem bzw. silbernem Eichenlaub, Gold- bzw. Silberschnur um Spiegel, Kragen, Mützendeckel und Mützenkopf. Die Ärzte: violette Spiegel mit goldenem Eichenlaub und Aeskulapstab."

Schönere Uniformvorschriften hat selbst Wilhelm nicht ersinnen können und der war gross darin! Er hat auch bei diesen Vorschriften Pate gestanden, denn sie sind getreulich den Uniformvorschriften der alten Armee nachgebildet worden. Die Clique aus der Eulenburg in München spielt Armee. Die Hauptsache ist dabei, dass die Herren Offiziere uniformiert, bemalt und bespiegelt sind.

Boshafte Zungen behaupten, dass Herr Hitler einen besonderen Uniformschrank besässe, in dem er für sich Uniformen seiner höchsten Offiziere auf-

bewahre, die er gelegentlich vor dem Spiegel anziehe, um in Uniform vor dem Spiegel seine Reden einzuüben.

Kriegsfront 1931.

Die kommunistische Zelle in den rechtsradikalen Kreisen oemüht sich, eine Kriegsfront zwischen Sowjetrussland und deutschen Rechtsradikalen gegen den Westen herzustellen. Sie malt das Gespenst eines Interventionskrieges an die Wand - die Absage Stalins an den Interventionsschwindel ist noch nicht bis zu ihr vorgedrungen - und hausiert um Erklärungen, welche rechtsradikalen Organisationen sich in solchem Falle an die Seite der Roten Armee zu stellen gewillt seien. Die "Gruppe sozialrevolutionärer Nationalisten", eine getarnte kommunistische Organisation, veröffentlicht eine Aufstellung darüber, welche rechtsradikalen Organisationen sich in die Kriegsfront mit Russland einzureihen gewillt seien. Sie zählt auf: Die deutschvölkische Freiheitsbewegung, der Bund Oberland, der Werwolf, die Schilljugend, der Jungnationale Bund deutscher Jungenschaft, das revolutionäre Landvolk, die Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten, der Widerstandskreis, die Gruppe sozialrevolutionärer Nationalisten. Voll Verachtung prangert sie andere Rechtsradikale an, die auf die getarnte kommunistische Organisation nicht hereingefallen sind, nämlich Kapitän Ehrhardt (Wiking), Franz Schauwecker, F.W.Heinz, Werner Lass (Führer der Eidgenossen), Dr. Friedrich Hielscher (das Reich), Jupp Hoven (Jungpreussischer Bund), H.Gruber (Führer der Hitlerjugend).

Der erste Eindruck, den man bei dieser Aufstellung erhält, ist der: was es doch alles gibt in den Kreisen des Rechtsradikalismus, jeder Möchte-gern-Führer sein Organisationchen! In diesem Teich suchen die Kommunisten ihre Fische zu fangen und in der Tat haben sie bereits eine richtiggehende Einheitskriegsfront mit einer ganzen Reihe von rechtsradikalen Gruppen zusammengebracht. Das nennt man dann: Kampf gegen den Faschismus!

Die Hakenkreuzchristen.

Das Monatsblatt einer evangelischen Kirchgemeinde berichtet über die Generalversammlung des Evangelischen Bundes in Magdeburg: "In der zweiten Frage suchte man sich eine Stellung zum Nationalsozialismus zu verschaffen. Im grossen und ganzen war die Stellung einheitlich. Man brachte dieser neuen grossen politischen Bewegung von Grund auf ein warmes Herz entgegen, wollte aber gerade um deswillen einen kühlen Kopf bewahren, um das Viele was noch gärt und der Klärung benötigt, sichten und klären zu helfen." Mit anderen Worten, man begünstigt die Hitlerei, aber man traut sich noch nicht ganz offiziell Partei zu nehmen. "Das viele was noch gärt," ist wunderbar schön gesagt! In verständliches Deutsch übersetzt, heisst diese Phrase: Pistole, Schlagring, Gummiknüppel, Stinkbombe und Tränengasbombe. Man ist insgeheim schon ganz offiziell Hakenkreuzchrist, aber man möchte doch nicht gern offiziell Tränengasbomben-christ sein!

"Aber".

Als der Professor Kuske zum Rektor der Universität Köln gewählt wurde, schrieb das Kölner Bürgerblatt "Der Stadtanzeiger": "Politisch gehört Kuske der Sozialdemokratischen Partei an, Seine ruhige und gerechte Denkweise hat ihm aber von je auch den Andersmeinenden Freunde und Anhänger erworben." Aber! Dies "aber" will sagen, dass ein Sozialdemokrat eigentlich verfemt sein müsste. O du unsterbliche Bürgerborniertheit!

W. Aus aller Welt

Im Lande der Menschenfresser.

Seltsame Sitten der wilden Völkerschaften Australiens - Sehnsucht nach weissem Menschenfleisch.

SPD. Soeben hat eine französische Gelehrtenkommission ihre Forschungsarbeit im tiefsten Australien beendet. Die Wissenschaftler kamen mit den wilden Völkerstämmen des fünften Erdteils in Berührung, über deren psychologische und völkerkundliche Eigenheiten bisher nur verhältnismässig wenig bekannt war. Der Führer der Kommission, Mrs. Rohein, hat sich nunmehr zum ersten Male über die getroffenen Feststellungen geäußert.

Die schwarze Kunst.

Die Arbeiten der Gelehrtenkommission begannen bereits im Jahre 1929. Man beschäftigte sich zunächst mit Feststellungen über die Besiedlungsdichte der in Frage kommenden Gebiete. Es war aber aussergewöhnlich schwer, hier etwas Genaues zu erfahren. Erst recht schwierig war es, Einzelheiten über die von den Eingeborenen geübte "schwarze Kunst" zu erhalten, da ihnen die englischen Behörden und die Missionare auch die geringfügigste Betätigung in dieser Hinsicht streng untersagt hatten. Besonders aus den Frauen war überhaupt nichts herauszuholen. Den Männern konnte immerhin durch die Gegengabe von einigen Schillingen gelegentlich die Zunge gelöst werden. Es wurde bestätigt, dass der Glaube an Hexen, die unser Leben und die gesamte menschliche Natur beeinflussen - ein Glaube, der in Europa höchstens noch im finstersten Karpathenrussland, vielleicht auch in diesem oder jenem Bretagnewinkel anzutreffen ist - hier ganz allgemein ist.

Woher kommt der Mensch?

Die Pariser Gelehrtenkommission hielt sich längere Zeit in dem besonders unangeklärten Bezirk Aranda auf. Die Leute Arandas wissen beispielsweise nicht, dass das menschliche Leben durch die väterliche Zeugung entsteht. Sie glauben, dass das von einer Mutter geborene Kind die Reinkarnation eines mütterlichen Vorfahren ist. Auch das Liebesleben der Aranden weist dieser Anschauung entsprechend kuriose Züge auf. Der häufigste Fall ist die gewaltsame Eroberung einer Frau. Sie muss zum Willen ihres "Geliebten" Ja sagen ob sie nun will oder nicht. Sie muss ihn heiraten.

Auch die Polygamie findet sich in Aranda aussergewöhnlich häufig. Nach einigen Jahren der Einehe führt der Mann seine zweite Frau heim. Recht häufig geschieht es dann allerdings auch, dass sich die erste auf die Rivalin stürzt und sie durch Messerstiche vom Unmoralischen ihrer Konkurrenz zu überzeugen versucht. Indes hat dieser im wahrsten Wortsinn scharfe Zwischenfall durchaus nicht immer schwere Folgen. Oft genug versöhnen sich schliesslich die beiden Frauen und verbünden sich sogar zu inniger Freundschaft in dem Moment, in dem - ihr gemeinsamer Ehegatte seine dritte Frau heimführt. Auch ihr wird ein entsprechend "scharfer" Empfang zuteil.

Waschen = unbekannt!

In Louritias entdeckten die französischen Gelehrten einen Bevölkerungstamm, dem der Begriff der Zahl vollkommen unbekannt ist. Und eine besondere Spezialität: die menschliche Spezialität des Sich-waschens ist den Louritianen in dem gleichen Masse ein böhmisches Dorf, sofern man den etwas paradoxen Ausdruck hier gebrauchen kann. Der Instinkt für das Natürliche ist bei ihnen jedoch wieder so stark entwickelt, dass jede Art von Inzucht durch fast reli-

giöse komplizierte Gesetze aufs strengste verboten ist. Verwandte weitesten Grades dürfen einander nicht heiraten. Da es sich aber bei den Louritianen nur um einen relativ kleinen Volksstamm handelt, kann von acht Frauen durchschnittlich nur eine einzige heiraten; die sieben anderen sind "tabu",
"Menschenfresser aus Ueberzeugung".

Obwohl bei den Louritianen der Familiensinn in anti-inzuchtigem Grade entwickelt ist, hat sich ein uralter, weniger herzlicher Brauch bis auf unsere Tage vererbt: dieser Brauch verlangt nichts Geringeres, als dass jedes zweite Kind regelrecht im Rahmen einer Festmahlzeit mit feierlichem Wohlbehagen verzehrt wird. Doch sind die Louritianen unter den Papuas, zu denen sie stammkundlich gezählt werden, durchaus nicht die einzigen Menschenfresser. Die französische Gelehrtenkommission, deren Bericht wir die genannten Einzelheiten verdanken, traf auf der Südsee-Insel "Normanby" Menschen an, die geradezu "Menschenfresser aus Ueberzeugung" genannt werden können. Es genügte bereits, ihnen etwas von der hellen Farbe der Haut der europäischen Bevölkerung zu erzählen, um ihr Gesicht in hellem Glanz aufleuchten zu sehen. Erfreut riefen sie aus: "Oh, wie muss das gut schmecken!"

Eine mehr als eigenartige Sitte will es, dass vor allem diejenigen auf dem Altar der "Feinschmecker" geopfert werden, die sich durch irgendwelche hervorragenden Eigenschaften auszeichnen: sei es durch ihren Reichtum, durch ihr Talent oder durch ihre Schönheit. So geschah es, dass gerade vor der Ankunft der französischen Gelehrten die Bewohner eines Dorfes der Insel Normanby einen Jüngling verschmaust hatten, weil er über eine weiche Stimme von besonderem Wohlklang verfügte.

Ein eigenartiges Heilmittel.

Die französische Gelehrtenkommission hatte zwar alle möglichen Zwischenfälle zu überstehen, befand sich aber in den menschenfressenden Gegenden nicht in Lebensgefahr. Die Wilden betrachteten sie im allgemeinen als Vertreter der Regierung, als Autoritäten also, und verhielten sich dementsprechend respektvoll. Eines Tages erbat eine Gruppe australischer Primitiver von ihnen die Erlaubnis, einen Schwerkranken zu begraben. Der Betreffende, so wurde gesagt, sei zwar noch nicht ganz tot, aber er fühle sich doch so unheilbar krank, dass er nach alter Landessitte selbst den Wunsch geäußert habe, lebendig begraben zu werden. Dies Verfahren sei bei allen Schwerkranken so üblich--.

+ + +

860 000 Auswanderer aus Deutschland. In den Jahren 1919 bis 1930 sind nach dem Reichsarbeitsblatt 580 000 Deutsche nach Uebersee ausgewandert und mindestens 280 000 über die "trockenen Landesgrenzen". Besonders bemerkenswert ist die beträchtliche Zunahme der Auswanderung von Frauen. Drei Viertel aller weiblichen Auswanderer sind berufstätig. Die stärkste Gruppe der männlichen Auswanderer stellte der Bergbau. Hauptziel waren USA, Südamerika, Afrika und Mittelamerika.

+ + +

Die Hebung des "St. Philibert". Die Vorarbeiten zur Hebung des vor der Loiremündung untergegangenen französischen Vergnügungsdampfers "St. Philibert" begannen am Donnerstag. Beauftragt mit den schwierigen Arbeiten sind zwei Dampfer einer Hamburger Bergungsgesellschaft. Die Hamburger Taucher haben die Lage des Wracks untersucht und feststellen müssen, dass es zum Teil bereits versandet ist. Die Hebung wird sich infolgedessen sehr schwierig gestalten.

+ + +

Zuchthausmeuterei: fünf Tote. Im südbulgarischen Zuchthaus Sliwen stürzten sich einige Sträflinge nach dem abendlichen Spaziergang auf die Begleitbeamten, entwaffneten sie, schlugen sie nieder, öffneten die Zellen und stürmten ins Freie. Es kam zu einem Kampf mit der Wache. Fünf Gefangene wurden getötet, viele wurden verletzt. In dem allgemeinen Aufruhr gelang es fünf Sträflingen, zu entkommen. Militär stellte die Ruhe wieder her.

+ + +

Amerikareise Udet. Der amerikanische Kunstflieger Alford Williams hat der deutschen Flieger Udet zu den für September vorgesehenen nationalen Flugzeugrennen der USA eingeladen. Udet hat die Einladung angenommen.

Hochwassernot. Tausende von Hektar Ackerland und Wiesen sind im Gebiet der Ober- und Unteroste im Bremer Niederland unter Wasser gesetzt und die an manchen Stellen schon geborstenen Deiche der Oste in einer Ausdehnung von etwa 100 Kilometer überflutet. Besonders bedroht ist das Hafengebiet der Stadt Bremervörde. - Auch im Gebiet der Hamburger Marschgetreidefelder hat sich das Unwetter der letzten Tage äusserst unheilvoll ausgewirkt. Die Weizenernte ist fast völlig vernichtet; ferner ist der auf den Gemüsefeldern und in der Obstkultur angerichtete Schaden sehr gross. In zahlreiche Gebäude schlug der Blitz ein, die meisten, so auch das hundertjährige Forsthaus in Geesthacht, brannten bis auf die Grundmauern nieder.

Vorarlberg im Schnee. Die Berge Bayerns liegen bis in die Gegend von Vorarlberg tief im Schnee; in den Tälern herrscht Regenwetter. Die Temperatur ist stark gesunken.

Verurteilter Kriminalassistent. Im Rahmen eines Bestechungsprozesses wurde vom Schöffengericht Berlin-Mitte der Kriminalassistent Otto Roesing wegen Amtsverbrechens zu 9 Monaten Gefängnis und wegen Vergehens gegen das Wettgesetz zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt; ausserdem wurde ihm die Fähigkeit der Bekleidung öffentlicher Ämter auf 5 Jahre aberkannt. Der Buchmacher Grabowski erhielt wegen aktiver Bestechung 3 Monate Gefängnis. Roesing, der ein begeisterter Rennbahnbesucher war, soll vielfach bei wilden Buchmachern gewettet, ausserdem aber Bestechungsgelder angenommen haben. Diese Gelder seien eine Gegenleistung dafür gewesen, dass Roesing den wilden Buchmachern das Nahen von Steuerbeamten angekündigt haben soll. In der Voruntersuchung gab Roesing seine Vergehen zu, in der Hauptverhandlung bestritt er indes jede Schuld, doch konnte sich das Gericht weder von seiner Unschuld noch von der Unschuld des mitangeklagten nichtkonzessionierten Buchmachers überzeugen.

Ostsee-Orkan. Auf der Ostsee wütet, zum Teil mit Windstärke 12, ein schwerer Orkan. Derfür Donnerstag in Kolberg fällige Bäderdampfer "Heimdahl" ist von Bornholm nicht ausgelaufen, ebenso lag längere Zeit der Schwedenzug Berlin-Stockholm in Sassnitz fest, da der Fährverkehr nach Trelleborg nicht durchgeführt werden konnte. Auf der Insel Rügen sind grosse Waldbestände verwüstet worden. Der Telefonverkehr auf Rügen ist unterbrochen, der Flugverkehr über See eingestellt.

Ausgehobenes Waffenlager. In Gross-Quentstedt Kreis Halberstadt ermittelten und beschlagnahmten Beamte der Landeskriminalpolizei Magdeburg ein bei einem nationalsozialistischen Bäckermeister untergebrachtes Waffenlager. U.a. fand man 750 Schuss S-Munition in Packungen.

Der "Angriff" verurteilt. Vom Arbeitsgericht Berlin wurde der Verlag des nationalsozialistischen "Angriff" zur Zahlung von zwei Monatsgehältern an den früheren Chef der Anzeigenabteilung, Schneider, verurteilt, da Schneider am 4. Mai zum Ultimo Mai gekündigt worden war, obwohl eine längere Kündigungsfrist vereinbart war.

Hiltrud Breil in Berlin. Die vor einigen Tagen in Paris ermittelte, angeblich von ihrem Liebhaber "entführte" minderjährige Hiltrud Breil aus Berlin ist nunmehr nach Berlin überführt worden. Ueber ihr weiteres Schicksal steht noch nichts fest. Wahrscheinlich kehrt Hiltrud Breil ins Elternhaus zurück.



System und Mensch.

SPD. Ran an die sozialdemokratischen Arbeiter! Mit dieser neuen Parole hat die kommunistische Presse den Bankrott der Verbandsgründungsexperimente der Revolutionären Gewerkschaftsopposition zu verdecken gesucht. Grosspurig hat sie den freien Gewerkschaften, nachdem von Moskau her die Gewerkschaftstaktik der RGO in Grund und Boden kritisiert worden war, gedroht, man werde sich jetzt an den sozialdemokratischen freiorganisierten Arbeiter heranmachen, mit ihm diskutieren und ihn so für die KPD reif machen. Hoffentlich führen die Kommunisten diese ihre Drohung aus, und für die angekündigten Diskussionen empfehlen wir ein ganz funkelneues und hochinteressantes Thema: die Rede Stalins über die neue Wirtschafts- und Sozialpolitik in Russland. Diese Rede ist für den deutschen Arbeiter überaus lehrreich.

Seit der bolschewistischen Revolution, also seit mehr als 10 Jahren, wurden die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie von den Kommunisten als Kleinbürger und Reformisten verspottet und verhöhnt. Ihrer behutsamen, vorsichtigen Taktik wurde stets der Sturm und Drang der russischen Revolution als leuchtender Gegensatz und als Vorbild für die Arbeiter hingestellt. Was erleben wir aber jetzt nach 10 Jahren Experimentierens am russischen Volkskörper? Wir sehen - Stalin hat es in seiner grossen Revisions-Rede seinen Oppositionellen von rechts und links deutlich genug in die Ohren geschrieben - dass auch in Sowjet-Russland mit Wasser gekocht wird. Der von ihm angekündigte neue Kurs in der Wirtschafts- und Sozialpolitik bedeutet nichts anderes als ein Rückzug zur Kampflinie der freien Gewerkschaften. Stalin ist unter die Reformisten gegangen. Es blieb ihm nichts anderes übrig; denn in Russland kann der Kommunismus ebenso wenig aus dem Boden gestampft werden wie in Deutschland der Sozialismus. Diese durch Stalin selbst jetzt festgestellte Tatsache ist die glänzendste Rechtfertigung für die deutschen Gewerkschaften. Sie haben stets den Arbeiter darauf aufmerksam gemacht, dass seine wirtschaftliche Befreiung nicht von heute auf morgen, sondern nur in täglichem Kampf, in jahrelangem, jahrzehntelangem und opferreichem Umbildungsprozess durchgeführt werden kann. Und darum haben sie es stets abgelehnt, dem System zuliebe, d.h. der gegenwärtigen Vorstellung vom Zukunftsstaat den Menschen, dh. die Lebensinteressen des Arbeiters zu opfern. In Russland hat man das getan. Die Brutalität der russischen Machthaber liegt gerade darin, dass sie den durch die Verhältnisse nun einmal gegebenen Rückstand Russlands in der Industrialisierung auf Kosten des Arbeitsmenschen gewaltsam nach dem Muster Peters des Grossen überspringen wollten. Dem System zuliebe wurde der Mensch geopfert.

In Deutschland sagen die freien Gewerkschaften: Das System ist nichts, der Mensch ist alles. Dem Arbeiter zuliebe haben in Deutschland Partei und Gewerkschaften schon viel schlucken müssen, und weil sie das getan haben, wurden sie stets und ständig von den Kommunisten als "Verräter" beschimpft. Vom Panzerkreuzer bis zur Notverordnung - von früheren Opfern und Demütigungen ganz zu schweigen - haben Partei und Gewerkschaften immer nur nach der Parole: den Arbeitern zuliebe! gehandelt und Politik gemacht. Was die Bolschewisten können, konnten schon längst alle Machiavellisten, denen der Zweck die Mittel heiligt. Der demokratische Sozialismus dagegen lehnt es ab, über Blut und Leichen das Paradies aufzubauen.

Auch der deutsche Faschismus in allen seinen Spielarten ist nichts anderes

als Machiavellismus. Auch bei ihm heiligt der Zweck die Mittel. Auch bei ihm soll um jeden Preis einem System zuliebe der Mensch geopfert werden. Das kapitalistische System mit all seinen unleugbaren Mängeln und Gebrechen soll tabu sein. Die Gewerkschaftspolitik, die diesen Mängeln und Gebrechen zu Leibe rückt, ist den deutschen Wirtschaftsgewaltigen, ihren Landsknechten, Bürokraten und Soldaten ein Dorn im Auge. Um ihr System um jeden Preis zu retten, fordern sie offen und rücksichtslos, dass die Gewerkschaften Schluss machen. Sie wollen wieder Herr im Hause sein wie ihre Grossväter. Sie wollen nichts mehr sehen und hören von wirtschaftsdemokratischen Ansätzen, geschweige denn von einer Weiterentwicklung der Wirtschaft zu einer wirklichen Demokratie, in der auch der Arbeiter in seiner Existenz gesichert ist und sich wie ein Mensch fühlen kann. Ein halbes Jahrhundert zurück - zurück bis zu der Zeit, wo es noch keine moderne Arbeiterbewegung gab - das ist die Parole der schwerindustriellen Faschisten. Schon fordern sie ein gewerkschaftspolitisches Feierjahr: Schluss mit der Tarifpolitik und Sozialpolitik. Der Arbeitsmensch ist ihnen nur gut als Kanonen- oder Wirtschaftsfutter. Mag der Arbeitslose betteln, der Sozialrentner hungern, der Arbeiter für 16 Stunden einen Wochenlohn nach Hause bringen - egal - wenn nur das System des Kapitalismus gerettet wird - ein System, das nicht die Gewinne, sondern nur die Verluste der Wirtschaftsstrategen sozialisiert.

Die Wirtschaftsfaschisten wollen das Rad der Geschichte zurückdrehen, die Stalinisten haben es überdreht - die Kosten der zerbrochenen Speichen zahlt der Prolet.

SPD. In Stockholm tagt zurzeit der 6. Kongress der Internationalen Landarbeiter-Föderation (ILF). Vertreten sind: Dänemark, Deutschland (Deutscher Landarbeiterverband und Allgemeiner Melker-Verband), Niederlande, Polen, Schottland, Schweden, Oesterreich und Lettland mit insgesamt 25 Delegierten.

Duncan-Schottland, der Präsident der ILF, betonte in seiner Begrüssungsansprache, die internationale Arbeiterbewegung werde im Anschluss an die Hoover-Aktion mit ihrer ganzen Kraft den Weg zu einer wirtschaftlichen und politischen Verständigung der Welt zu bahnen versuchen. Besonders herzlich begrüßte der Vorsitzende den Vertreter des polnischen Landarbeiterverbandes Kwapinski. Vor einigen Monaten wurde Kwapinski - er ist Mitglied des Exekutiv-Komitees der ILF - von der Pilsudski-Regierung wegen seines Eintretens für den Sozialismus in das Gefängnis geworfen. Kwapinski ist vom Zarismus verfolgt und gehetzt worden - ihn kann kein Pilsudski schrecken und hindern, die Interessen der polnischen Landarbeiter zu vertreten. Der Kongress protestierte mit aller Schärfe gegen die Beschränkung der Koalitionsfreiheit in Polen, Ungarn und Italien.

Der Sekretär der ILF, Georg Schmidt, ergänzte den schriftlich vorliegenden Geschäftsbericht. 1927 betrug die Mitgliederzahl der ILF 326 601, im Jahre 1930 354 951. Seit dem letzten Kongress haben sich der ILF die Landarbeiterverbände in Jugoslawien und Spanien angeschlossen. Dem Sekretariat liegt ein Schreiben aus Rumänien vor, wonach sich jetzt dort Anfänge einer Landarbeiterorganisation zeigen.

Die Unternehmer haben, wie aus dem Bericht des Sekretärs weiter hervorgeht, sich vor einigen Wochen in Prag international zusammengefunden, um eine stärkere Förderung ihrer Interessen beim Internationalen Arbeitsamt in Genf anzubahnen. Die Landarbeiter müssten daraus lernen. Die kommunistische Bewegung habe zwar den Fortschritt der der ILF angeschlossenen Verbände erschwert und damit dem Unternehmertum wertvolle Hilfe geleistet, aber sie habe nicht vermocht, eigene leistungsfähige Landarbeiterverbände zu schaffen.

Der Geschäftsbericht wurde vom Kongress einstimmig angenommen. Danach

sprach der Vorsitzende des Schwedischen Landarbeiterverbandes, C.A. Falk, über "Die Untersuchungen des Internationalen Arbeitsamtes auf dem Gebiete des Arbeitsvertragswesens."

SPD. Der Vorstand des Gesamtverbandes hat die Reichsfachkommission der Reichsfachgruppe Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerksarbeiter nach Cuxhaven einberufen. An der Tagung sind neben den Vorstandsvertretern führende Betriebsfunktionäre der grossen Werke aus allen Teilen des Reiches beteiligt. Im Vordergrund der Beratungen steht die durch die Notverordnung für die Arbeiter der öffentlichen lebenswichtigen Betriebe geschaffene Lage, da Kapitel I der Notverordnung die Kommunalarbeiter besonders hart belastet. Unter diesen Umständen kommt der Tagung und ihren Beschlüssen besondere Bedeutung zu, zumal hinter der Organisation 85 Proz. der Arbeiter der G.E.u.W. stehen.

Die Fachkommission beschäftigt sich ausserdem mit Arbeitszeit, Unfall-, Berufskrankheiten, Entkommunalisierungsbestrebungen und Teno. Auf die Entschliessung der Tagung kommen wir noch zurück.

SPD. Der Verbandstag der Fabrikarbeiter in München beschäftigte sich eingehend mit dem Lohnabbau und den Hemmungen in der Entwicklung des Arbeitsrechts.

Ernst Grossmann, der die Tarif- und Lohnbewegung im Verbandsgebiet erläuterte, stellte fest, dass der Abbau der tariflichen Stundenlöhne um 5%, der unter dem Druck der Krise hingenommen werden müssen, weit hinter den Plänen der Arbeitgeber zurückbleibe. Dies Ergebnis könne mit Recht als ein Erfolg der Verbandsarbeit angesehen werden. Die Organisation habe sich im Verteidigungskampf erfolgreich behauptet. Unerschüttert und in geschlossener Front stehe sie bereit, je nach der wirtschaftlichen Lage die Verteidigung weiterzuführen oder zum Angriff überzugehen. Die Organisation sei trotz scharfmacherischer Hetze von links und rechts intakt geblieben. Die wahnwitzige und geistlose Streikpolitik der RGO werde vom Verband abgelehnt.

In der Aussprache über den Lohnabbau gab ein Delegierter aus Rossitz in Thüringen ein überaus anschauliches Bild vom Arbeiterverrat der Nazis und Kozis, die in einem wichtigen Lohnstreit gemeinsam und offen Streikbruch verübten.

Die Erörterung der Arbeitsrechtsfrage wurde eingeleitet durch einen Vortrag des Leiters der Rechtsschutzabteilung des Verbandes Karl Schmidt über "Arbeitsrecht und Reichsarbeitsgerichtsbarkeit im Lichte der Rechtssprechung". Die Gewerkschaften, betonte Schmidt, hätten in neuerer Zeit mit der praktischen Arbeitsgerichtsbarkeit nicht die besten Erfahrungen gemacht. Die Rechtssprechung des Reichsarbeitsgerichts wirke sich immer häufiger zum Nachteil des kollektiven Arbeitsrechts aus. Sie nehme Formen an, von denen sich die Gesetzgeber seinerzeit nichts habe träumen lassen.

Der Verbandstag nahm einstimmig eine Entschliessung an, in der ausgesprochen wird, dass die Erfürchtungen bezüglich der Preisgabe der Sondergerichtsbarkeit und der Eingliederung des arbeitsgerichtlichen Verfahrens in das der ordentlichen Gerichtsbarkeit leider eingetreten seien. Eine Zerschlagung des Kollektiven Arbeitsrechts sei zu befürchten. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion müsse daher sorgen, dass durch Gesetzesänderung der unsozialen Rechtssprechung des Reichsarbeitsgerichts Einhalt geboten werde.

Ueber die Jugendbewegung im Verband sprach Alwin Karl. Nach seinem Bericht hat auch der Fabrikarbeiterverband in der Jugendbewegung recht beachtliche Erfolge erzielt. Sobald die Verhältnisse es gestatten, soll eine geeignete Jugendschrift herausgegeben werden.

Wirtschaft Technik Handel

Golddeckung 43,6.

SPD. Der Ausweis der Reichsbank für die erste Juliwoche, die mit dem 7. Juli abschliesst, stellt eine Deckung der Noten durch Gold und Devisen in Höhe von 43,6 Prozent fest gegenüber 40,1 Prozent in der Vorwoche.

Aus dem Ausweis, dessen Reformbedürftigkeit nun wohl zwingend klar geworden sein dürfte, geht das eine positiv hervor, dass die Reichsbank bis Donnerstag, an dem die Devisenabzüge sich abermals steigerten und wohl rund 15 Millionen Dollar ausgemacht haben dürften, sowohl den Rest des Kredits der Notenbanken in Höhe von 420 Millionen Mark und die von der Golddiskontbank zur Verfügung gestellten 50 Millionen Dollar verbraucht hat. Die Reichsbank ist auf ausländische Hilfe angewiesen und diese Hilfe - das Echo aus dem Ausland ist recht deutlich - beruht auf dem Gedanken internationaler Solidarität der Völker und weniger auf Kreditgarantien der deutschen Industrie. Die Meldungen aus dem Ausland besagen, dass nicht das Angebot der Industrie entscheidend für neue Kredite zur Auffüllung der deutschen Währungsreserve ist, sondern die Ueberzeugung und Notwendigkeit, Deutschland nicht versinken zu lassen, weil man mit Deutschland mit versinken könnte.

Die für die erste Juliwoche erwarteten Rückflüsse der vor Juniende in Anspruch genommenen Kredite sind nicht eingetreten. Nach dem Ausweis ergibt sich eine Rückzahlung von Reichsschatzwechseln in Höhe von rund 70 Millionen Mark, womit der so gewährte Kredit an das Reich auf 3,4 Millionen Mark abgetragen ist. Das Reich hat auch auf die Einzahlung der letzten Rate des Schatzanweisungskredits, der am Freitag fällig geworden wäre, einstweilen verzichtet. Der Lombardkredit verringerte sich um 130,7 Millionen Mark auf den immerhin noch hohen Stand von 224,5 Millionen Mark. Für die Handelswechsel und Handelschecks, also für die Kredite, die ausschlaggebend sind und gerade von den Grossbanken in Anspruch genommen werden, wird eine Abnahme um nur 23,7 Millionen Mark auf 2 555 Millionen Mark nachgewiesen. Angesichts der stark gesteigerten Inanspruchnahme des Reichsbankkredits vor Juniende (Halbjahrsultimo) will dieser Rückfluss schon an sich nichts besagen. In den normalen Monaten des laufenden Jahres sind die für die Ueberwindung des Ultimo in Anspruch genommenen Kredite meistens schon in der ersten Monatswoche zu 40 und 50 und mehr Prozent zurückgeflossen. Hier scheinen sich also grosse Stockungen ergeben zu haben, die die Erwartung der Reichsbank enttäuschten. Nun liegen die Dinge aber so, dass die Reichsbank für die Inanspruchnahme des oben erwähnten 50 Millionen Dollar-Kredits Wechsel an die Golddiskontbank abgegeben hat. Daraus ergibt sich, dass die Inanspruchnahme des Reichsbankkredits in der ersten Juliwoche nicht zurückgegangen ist, sondern sich gesteigert hat. Andererseits wird der für die Ueberwindung des Juniultimos in Anspruch genommene Kredit von 420 Millionen Mark bei den ausländischen Noteninstituten Mitte Juli fällig. Es kommt also alles darauf an, ob der in London weilende Reichsbankpräsident Dr. Luther den Kredit verlängert erhält und womöglich einen weiteren Kredit hereinholt.

Nach dem Ausweis haben sich die Goldbestände um 700 000 Mark - hier kommt Ankauf von Russengold in Frage - auf 1421,8 Millionen Mark gesteigert und die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 71,4 Millionen Mark auf 370,9 Millionen Mark. Die Steigerungen beruhen auf Krediten. Einmal standen nach dem Ausweis

für die erste Juliwoche noch 104,8 Millionen Mark aus dem Notenbankkredit zur Verfügung, darüber hinaus die 50 Millionen Dollar der Golddiskontbank. Nimmt man die Devisenverluste der Reichsbank für die erste Juliwoche mit rund 200 Millionen Mark an und setzt man voraus, dass die Reichsbank nach dem 7. Juli bis einschliesslich Donnerstag nochmals 100 Millionen Mark an Devisen verloren hat, so ergibt sich, dass die Bank bis Mitte der Woche die zur Verfügung stehenden Kredite restlos eingesetzt hat.

Es ist begreiflich, dass derjenige, der sich mit diesen Dingen nur flüchtig beschäftigt, von der peinlichen Erinnerung an die Inflationszeit befallen wird. Die fürchterlich ernste Situation, die sich auftut, hat aber mit Inflation nichts zu tun. Inflation bedeutet Schaffung von Zahlungsmitteln ohne Grundlage, die nach Auffassung der modernen Geldwirtschaft nur in Gold und Devisen bestehen kann. Bei der deutschen Reichsbank vermehrten sich die Zahlungsmittel aber nicht. Gegenüber der letzten Juniwoche ist der Betrag der umlaufenden Noten um 184,2 Millionen Mark auf 4110 Millionen Mark zurückgegangen. Der Bestand an Scheidemünzen hat sich gering, um 6,3 Millionen Mark, auf 84,35 Millionen Mark erhöht. Insgesamt veranschlagt sich der Zahlungsmittelumlauf auf 5761 Millionen Mark gegen 6051 Millionen Mark im Vorjahr. Die Verminderung des Zahlungsmittelumlaufs ist wohl der beste Beweis dafür, dass die Inflation furcht nicht begründet ist.

SPD. Ein kleines Beispiel für die Luderwirtschaft in unserer privaten Industrie: Die Houbenwerke in Aachen, die dem Grossindustriellen Mannesmann nahestehen, der sein Geld nicht nur an Goldmacher, sondern auch in einer sehr teuren Neffenwirtschaft verpulverte, sehen sich gezwungen, ihre Bilanz für die Geschäftsjahre 1926/1929 zu berichtigen. Also hatte man den Aktionären und der Öffentlichkeit 4 Jahre lang zum mindesten Bilanzen vorgelegt, die nicht mit den Tatsachen übereinstimmten. Dazu wird durch die Verwaltung ausgeführt, dass die Bewertung der Warenvorräte nicht ordnungsgemäss vorgenommen sei, dass die Warenlager überwertet und nicht nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches aufgenommen waren, dass beispielsweise Fertigfabrikate und Halbfabrikate mit ihrem Herstellungswert zuzüglich 30 Prozent über Herstellungskosten aktiviert wurden, dass man verschwiegen habe, dass Debitoren schwach geworden seien usw.

Man fragt sich, was der Aufsichtsrat von Houben gegen diese Luderwirtschaft unternommen hat. Die Verwaltung gibt heute die klassische Antwort, der Aufsichtsrat habe schon früher immer das Bestreben gehabt, die zu optimistisch aufgestellten Bilanzen zu korrigieren.

Trotzdem wird immer noch bestritten, dass eine Verschärfung der Kontrolle unserer Aktiengesellschaften das dringende Gebot der Stunde ist. Die Reichsregierung scheint sich aber Zeit zu lassen. Sie scheint die Zusammenhänge zwischen dieser Skandalwirtschaft und dem deutschen Auslandskredit noch nicht zu übersehen. Wann wird ihr endlich die Erkenntnis kommen? Und noch eine andere Frage: Will der Staatsanwalt sich um alle diese Dinge nicht einmal näher kümmern?

SPD. Das Konjunkturforschungsinstitut gibt eine Uebersicht über die zahlenmässigen Auswirkungen des Hooverschen Schuldenfreijahres.

Von den gesamten Zahlungen Deutschlands in der Zeit vom 1. Juli 1931 bis zum 30. Juni 1932 sollten rund 57 Prozent für den Dienst der interalliierten Schulden Verwendung finden und der Rest, also rund 43 Prozent, unter Einziehung der Zahlungen an die Vereinigten Staaten und der belgischen Markforderungen, den einzelnen Gläubigern zur Verwendung bleiben. Unter Einrechnung

der von Frankreich und Grossbritannien an ihre Gläubiger weiter zu zahlenden Beträge hätten die Mächte, die von Deutschland Reparationen empfangen, an die Vereinigten Staaten von Amerika 233,5 Millionen Dollar = 890 Millionen Mark und an Italien 0,3 Millionen Pfund = 5,8 Millionen Mark zu zahlen. Das sind zusammen 985,8 Millionen Mark.

Die gesamten deutschen Zahlungen (einschliesslich Sonderabkommen, ohne Dienst der Dawes-Anleihe) in Höhe von 1719,8 Millionen Mark würden sich also, wenn das Schuldenfreijahr nicht gekommen wäre, auf die einzelnen Mächte wie folgt verteilen: Frankreich hätte von Deutschland 848,8 Millionen Mark zu empfangen, wovon ihm 388,1 Millionen Mark verblieben, England 362,7 Millionen Mark, wovon es 56,3 Millionen Mark hätte behalten können, Italien 192,2 (48,2), Belgien 124,8 (91,4), Rumänien 12,3 (1,7), Jugoslawien 79,3 (69,8), Portugal 13,2 (6,1), Japan 13,2 (13,2) und Polen 0,5 (0,5). Griechenland hätte 6,7 Millionen Mark zu empfangen, aber 8,2 Millionen Mark an seine Gläubiger weiter zu leiten. Auf die Vereinigten Staaten von Amerika wären unmittelbar nur 66,1 Millionen Mark entfallen. Es hätte aber von seinen Gläubigern aus den deutschen Reparationen 1046,1 Millionen Mark zu beanspruchen. Das Hauptopfer bringt also beim Freijahr Amerika.

SPD. Der Reichsernährungsminister hat am Donnerstag den Schleier gelüftet, der bis jetzt über seinen Beimahlungsplänen lag. In einer Besprechung mit Interessentengruppen teilte er mit, dass man die Weizenbeimahlungsquote für das ganze Getreidejahr hindurch auf 97% halten wollte. Nur wenn am Schluss des Wirtschaftsjahres Komplikationen eintreten, soll zu einer Veränderung der Quote geschritten werden. Der Minister begründet die 97%ige Quote damit, dass der durchschnittliche Weizenbedarf in Deutschland einschliesslich Saatgut 4,8 Millionen Tonnen betragen, während die deutsche Weizenernte 4,5 bis 4,6 Millionen Tonnen bringen werde. Um Preisdruck zu vermeiden, müsse die Vermahlungsquote auf den höchsten Stand gebracht werden.

Die Rechnung des Ministers hat ohne Zweifel eine Lücke, weil sie den Bedarf der deutschen Mühlen nach trockenem Auslandsweizen nicht berücksichtigt, der unter allen Umständen, ohne Rücksicht auf den Zoll und auf den Preis, nach Deutschland importiert wird. Andererseits muss man sich die 97%ige Vermahlungsquote auch nach der finanziellen Seite überlegen. Das Reich zieht aus den Weizenzöllen beträchtliche Einnahmen. Wird die Weizeneinfuhr durch die 97%ige Vermahlungsquote bis auf ein Nichts gedrosselt, fallen diese Einnahmen aus. Hat sich der Reichsernährungsminister Schiele schon über dieses neue Defizit in den Reichsfinanzen Gedanken gemacht? Wir glauben nicht; denn sonst könnte derselbe Reichsernährungsminister nicht die Wiedereinführung von Getreideexportprämien propagieren, deren Kosten natürlich auch das Reich zu tragen hat.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 9. Juli: Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten. I. Qualität 125, II 115, abfallende Sorten 101 RM. Tendenz: befestigt.

Berliner Milchpreis.

SPD. Milchpreise ab Sonnabend, den 11. Juli. Erzeugerpreis für Frischmilch (A-Milch) einschliesslich Qualitätszuschlag unverändert 16,09 Pf. für tiefgekühlte unverändert 17,04 Pf., für Meiereimilch vorbehandelt unverändert 18,65 Pf. Richtpreis für den Kleinverkauf an Laden oder Wagen unverändert 29 Pf.

Schiela treibt.

(Berliner Getreidebörse vom 9. Juli.)

SPD. Nach ruhiger Eröffnung konnten sich am Donnerstag an der Berliner Produktenbörse merkliche Preissteigerungen am Markte der Zeitgeschäfte für Weizenlieferungen per Herbst durchsetzen. Es wurde bekannt, dass die Regierung die Einführung des Beimahlungszwanges für deutschen Weizen von 97 % plant, woraufhin die Preise für September und Oktober um etwa 3 bis 4 Mark anzogen. Weizen für den laufenden Monat und Roggen zeigten nur geringfügige Preisveränderungen. Am Lokomarkt war neuer Weizen knapp offeriert. Die Kauflust war indessen nicht allzu gross, zumal die rheinischen Mühlen sich nur schwer entschliessen konnten, die geforderten Preise zu akzeptieren. Roggen war etwas stärker offeriert, konnte jedoch weiter die letzten Preise erzielen. In beiden Brotgetreidearten aus alter Ernte entwickelte sich nur sehr ruhiges Geschäft. Am Mehlmarkt zeigte sich eine gewisse Belebung. Roggenmehl in neuer Ware wurde stärker verlangt und auch für Weizenmehl für Herbstlieferung zeigte sich vermehrtes Kaufinteresse. Hafer hatte stetige Tendenz. Das Angebot blieb weiter knapp, die Nachfrage hielt sich in Grenzen.

	<u>8. Juli</u>	<u>9. Juli</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	249 - 250	251 - 252
Roggen	187 - 192	187 - 192
Futter- und Industrieroggen	165 - 194	-
Hafer	156 - 162	153 - 159
Weizenmehl	31,00-36,25	31,00-36,25
Roggenmehl	27,00-29,75	27,00-29,75
Weizenkleie	12,50-12,75	12,50-12,75
Roggenkleie	11,25-11,50	11,25-11,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 258-258½, September 228-232, Oktober 230-232½. Roggen Juli 187-186½, September 181-181 1/4, Oktober 172. Hafer Juli 169½-174, September 149½-151, Oktober 151-153.

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier. Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission vom 9. Juli. A. Deutsche Eier: Trinkeier vollfrische gestempelte über 65 gr 9,25, über 60 g 8,25, über 53 g 7,50, über 48 g 6,75, frische Eier über 53 g 7,25, Eier zweiter Sorte 5,50-7,50, aussortierte-kleine und Schmutzeier 5,50. B. Auslandseier: Dänen 18er 9,50, 17er 8,75, 15½-16er 8, Schweden 18er 9,50, 17er 8,75, 15½-16er 8, Estländer 17er 8,50, 15½-16er 7,50-7,75, Holländer 68 g 9,50-10, 60-62 g 8,25-8,75, 57-58 g 8, Rumänen 6,25-6,50, Ungarn 6,50-7, Russen grosse 6,50-6,75, normale 6,25, abweichende 5,50-6, kleine-Mittel- und Schmutzeier 5-5,25. Die Preise verstehen sich in Rpf. je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbezieher und Eiergrosshändler ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: trübe, Tendenz: behauptet.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung je Zentner waggonfrei märkischer Station: Dt. Erstlinge 5,50 bis 6.--.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 51

Berlin, den 9. Juli 1931.

Türkische Frauen.^x

SPD. Ueber das Schicksal der Frauen im Orient herrscht in den westeuropäischen Ländern immer noch eine merkwürdige Vorstellung. Die Einen erinnern sich dabei an schöne Geschichten aus "Tausend und eine Nacht" und glauben, dass es auch heute noch etwas Aehnliches gebe. Andere bilden sich ihre Meinung nach aufregenden Filmen, made in Hollywood, in denen es von prunkvollen Harems und kostbaren Frauengemächern nur so wimmelt, denn irgendwie muss ja der Regisseur seine Ausstattung und Girlscharen hineinbringen, ohne die es ein amerikanischer Film nun mal nicht tut. Gründliche Zeitungsleser dagegen haben vielleicht etwas von Frauenemanzipation auch im Osten gelesen und glauben nun, die Frau nehme im Orient etwa die gleiche Stellung ein wie bei uns. Beides ist falsch, und die Wahrheit liegt auch hier in der Mitte.

Kemal Pascha, der diktatorische Herrscher der Türkei, hat bei seinen Reformbestrebungen natürlich auch versucht, die Frauen von der schlimmsten früheren Unterdrückung zu befreien, ohne ihnen allerdings eine Gleichberechtigung mit den Männern zu gewähren. So können wir heute in Konstantinopel beobachten, dass äusserlich der westliche Geist ziemlich durchgedrungen ist. Der das Gesicht verdeckende Schleier ist auf den Strassen verschwunden. Ich habe nur eine einzige Verschleierte dort gesehen: es war eine alte Zeitungsverkäuferin. Im übrigen tragen wohl noch viele ärmere Frauen den alten schwarzen Umhang, wahrscheinlich schon wegen der Billigkeit, aber das Gesicht ist frei, und die Füsse stecken in seidenen Strümpfen und modernen Schuhen. Die jungen Mädchen gar benehmen sich ganz wie ihre Pariser und Berliner Vorbilder, schminken und pudern sich, treiben Sport und tanzen in modernen Lokalen nach den neuesten Jazzschlagern. Und wie im öffentlichen Leben, so scheint sich auch schon in der familiären Zone das Schicksal der Frauen in den Grosstädten des neuen, jungen Türkeireiches gewandelt zu haben. Selbst in den engen Gassen der Altstadt Istanbuls künden nur noch wenige Haremsgitter an den Häusern von der strengen Abgeschlossenheit der alten Zeit. Man könnte den Wechsel am besten als Uebergang von der Rolle der absoluten Sklavin des Mannes zur gehüteten, schwer arbeitenden Hausfrau bezeichnen. Damit soll angedeutet werden, dass die Frau noch immer unterdrückt ist und nicht in gleicher Weise am Leben teilnimmt wie der Mann. Noch heute ist es verboten, ein türkisches Haus zu betreten, ohne vorher den Hausherrn um Erlaubnis zu bitten. Ja, viele Männer sperren noch immer ihre Frauen zu Hause ein, um sie von jedem Verkehr fernzuhalten. Damit ist es selbstverständlich, dass die Frauen am gesellschaftlichen Leben kaum Anteil haben. Man sieht sie geschäftig über die Strassen eilen, in den Bazaren ihre Einkäufe machen, aber in den Kaffeehäusern sitzen nur Männer. Ausgenommen natürlich der rein europäische Stadtteil Pera, wo ja die Bevölkerung auch nicht aus Türken besteht.

So ist es in Konstantinopel, wo naturgemäss der Einfluss Europas am stärksten ist. Aber die Türkei orientiert sich heute nach Osten. Sie hat ihre Hauptstadt nach dem Innern Kleinasiens, nach Angora verlegt. Und wie steht es im Innern des Landes, wo die grosse Beeinflussung durch die Fremden fehlt? Schon auf der Dampferfahrt über das Schwarze Meer ändert sich das Bild. Wehklagend und heulend sitzen die Bauernfrauen auf ihren bunten Teppichen im stinkenden Zwischendeck. Zusammengedrängt hocken sie in einer dunklen Ecke,

klatschen und geben ihren schreienden Kindern die Brust. Wenn sie an Land gehen, schleppen sie grosse, unförmige Bündel mit, verdecken aber vorher sorgfältig ihr Gesicht vor uns Fremden. Die Männer dagegen sammeln sich neugierig um uns, vertreiben sich die Zeit mit allerhand Spielen und kümmern sich nicht im geringsten um ihre Frauen. Das ist ja das Typische: die Frau wird als nebensächlich, unwichtig und in der Öffentlichkeit als wertloser Anhang behandelt, um jedoch im Hause desto mehr tyrannisiert zu werden. Bei unserm späteren Aufenthalt an der kleinasiatischen Küste bis ins armenische Hochland hinein konnten wir das noch besser beobachten. Niemals habe ich dort Frau und Mann zusammen auf der Strasse gesehen. Sie haben ihren ganz verschiedenen Lebenskreis, und wehe, wenn eine Frau versuchen wollte, in die Bezirke des Mannes einzudringen! Bei einer Nationalfeier in einem kleinen Hafenstädtchen hatten einige, natürlich tief verschleierte Frauen versucht, sich in die Menge der Schaulustigen zu mischen und den Reden und Paraden zu lauschen. Sofort wurden sie von einer Schar Männer hinweggetrieben, und bei dem Umzug durch die Strassen sahen wir sie ängstlich in einer verborgenen Hausnische kauern.

Also mit der Befreiung der Frauen ist es hier noch nichts. Mag sein, dass Kemal Pascha und seine Dekrete auch hier noch einmal durchdringen werden. Zunächst jedoch hat er ganz andre Sorgen in diesen verlassenen Gebirgsgegenden mit ihrer am Alten festhaltenden Bevölkerung, als auch noch die heikle Frauenfrage aufzuwerfen. Vielleicht ändert sich das in der nächsten Generation, denn die Kinder treffen in der Schule zusammen. Mädels und Buben gingen gemeinsam unter der Führung ihrer Lehrer dem gleichen Festzuge voran und sie werden vielleicht eher einer neuen Ordnung zugänglich sein. Ebenso wenig ist aber hier die Frau etwa die verehrte Geliebte und Hüterin alles Schönen, Edlen, Guten, wie man es aus stimmungsvollen Geschichten und kitschigen Filmen entnehmen mag. Sie ist das absolute Eigentum ihres Mannes, der nach alter Gewohnheit alle Sorgen und Lasten des Lebens auf sie abzuwälzen versucht. Dabei tritt natürlich eine gesellschaftliche Schichtung ein. Die sozial höher stehende Frau trägt hier einen schwarzen Umhang. Sie hat vorzüglich für den Haushalt zu sorgen, denn ihr Mann hat eine angesehene Stellung inne, die von der Frau nicht ausgefüllt werden kann: Beamte, Händler usw. Umso schlimmer aber geht es den Bauernfrauen, die in diesem Agrarlande selbstverständlich die grösste Zahl ausmachen. Sie schleppen auf ihren Rücken die Lasten zum Markte, wo sie der Mann verhandelt. Auf den Feldern arbeiten sie in ihren bunten Sackkleidern umhängen, barfuss, oft nur mit den primitivsten Geräten ausgerüstet. Und am Wegrande liegen die Kinder, für die sie natürlich auch noch zu sorgen haben.

Und was treiben die Männer? Sie sitzen im Kaffeehause, schachern, spielen, wetten und treiben hohe Politik. Wenn es hoch kommt, sorgen sie fürs Vieh. Alles andre aber liegt unter ihrer Würde. Ist das Jahr schlecht und der Hunger gross, dann entschliessen sie sich wohl auch zu einer echt männlichen Hilfe. Sann kommen sie aus dem Gebirge herunter und plündern die Läden der Stadt aus, und alle Strafexpeditionen Kemal Paschas haben daran noch wenig geändert. Krieg, Raub, Handel, das ist Manneswerk. Alles andere fällt der Frau zu. Eine Aenderung aber wird nicht mit schönen Beschlüssen grossartiger Komitees kommen, sondern erst mit einer grundlegenden Wandlung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stellung dieser Völker, die allerdings von der modernen Türkei mit Eisenbahnbauten und Industrialisierung angestrebt wird.

Karl Möller.

Eine Schreckensnacht.^x

SPD. 14. Oktober 1806. Napoleon steht mit seinen Truppen den Preussen bei Jena und Auerstädt gegenüber, schlägt sie in blutigem Ringen und treibt sie zum Rückzug.

Im Schlosse des thüringischen Musenstädtchens hält der regierende Minister Wolfgang von Goethe Wacht. Unaufhörlich dringt der Kanonendonner von den naheliegenden Schlachtfeldern an sein Ohr; er fürchtet um seinen Herrscher, den Herzog Karl August; mit ihm die Herzogin Luise, die allein ausser ihm, während Hofstaat und Beamte schon geflohen sind, zurückgeblieben ist.

Langsam geht der schicksalsschwere Tag zur Neige. Die feindliche Heeresmacht nähert sich der thüringischen Residenz. Schon schlagen die Kanonenkugeln der französischen Artillerie hier und dort im Stadtbereich Weimars ein. Der Minister von Goethe schickt seinen siebzehnjährigen Sohn und seinen Sekretär mit Wein und Bier durch das Frauentor den Feinden entgegen. Im Siegesgefühl ziehen französische Jäger und Husaren in die Stadt ein, setzen die Häuser in Brand und plündern die Wohnungen. Es gelingt dem Minister, sein Haus auf dem Frauenplan vor der Zerstörungswut der Feinde zu bewahren. Aengstliche Weimarer Bürger suchen im Hinterhause ihres Dichters und Ministers vor den feindlichen Soldaten Schutz. Ausser ihnen beziehen sechzehn elsässische Kavalleristen bei ihm Quartier. Unermüdlich arbeitet seine Freundin Christiane Vulpius, um ihnen allen Essen vorzusetzen und Nachtlager zu bereiten. Sie weiss es jedem recht zu machen und bringt mit Hilfe von Tischdecken für jeden ein weiches Lager zustande.

Um Mitternacht schlagen zwei kräftige Kolben gegen die Tür des Goetheschen Hauses. Zwei Tirailleure verlangen Einlass. Die einquartierten Kavalleristen weisen sie ab. Aber da schlagen die beiden Tirailleure mit ihren Gewehrkolben noch wuchtiger gegen die Tür, sodass Goethes Sekretär ihnen öffnet und ihnen Essen und Trinken gibt. Die beiden Franzosen stärken sich und verlangen dann im Rausche ihres Sieges den Hausherrn Goethe zu sprechen. Im Schlafrock erscheint der Dichter, ein Licht in der Hand, auf der Treppe. Seine ehrwürdige Gestalt flösst ihnen Respekt ein, sodass sie auf seine Frage, was sie noch mehr wünschen, keine Antwort geben.

Goethe zieht sich wieder in sein Zimmer zurück. Da aber fangen die beiden napoleonischen Soldaten an, grösseren Lärm zu schlagen und Betten zu verlangen. Der Sekretär macht ihnen klar, dass hier schon sechzehn Soldaten schlafen und daher keine Betten mehr zur Verfügung stehen. Darauf stürzen sich die beiden Tirailleure im Alkoholrausch mit blanken Waffen die Treppe hinauf in das Zimmer Goethes und dringen auf den Dichter ein. Im gleichen Augenblick aber springt Christiane Vulpius, begleitet von einem Weimarer Bürger, der im Goetheschen Hause Schutz gesucht hat, über die Hintertreppe in Goethes Zimmer und wirft sich mit aufopfernder Kraft schutzgebietend vor den Dichter. Mit Hilfe des nachfolgenden Mannes bringt sie die beiden Soldaten aus dem Zimmer und riegelt sich und ihren geliebten Goethe ein. Fluchend ziehen die beiden betrunkenen französischen Soldaten von dannen. Christiane Vulpius hat ihrem Goethe das Leben gerettet.

Von Dank erfüllt für seine Christiane erwacht der Dichter am nächsten Morgen. Zwei, drei Tage gehen dahin. Immer mehr französische Truppen ziehen durch die Stadt. Goethe steht im Schutze der französischen Marschälle. Er hat die Sicherheit für sein Leben wieder. Aber noch hat er nicht die Schreckensnacht vergessen, in der sein Leben fast ein Ende finden sollte.

Am dritten Tage nach der Schlacht bei Jena und Auerstädt schickt er seinen Boten mit einem Briefe zu dem weimarischem Hofprediger "Diese Tage und Nächte ist ein alter Vorsatz bei mir zur Reife gekommen: ich will meine kleine Freundin, die so viel an mir getan und auch diese Stunden der Prüfung mit mir durchlebte, völlig und bürgerlich anerkennen, als die Meine."

Und am Sonntag, am vierten Tage nach der unglücklichen Schlacht, führt er Christiane Vulpius, die schon achtzehn Jahre lang an seiner Seite gelebt hat, in der Hofkirche zu Weimar vor den Traualtar. Er, der gesagt hat, dass der wahrhaft grosse Mensch das Gesetz in sich trägt, beugt sich den bürgerlichen Gesetzen. Sein Trauring trägt das Datum des für Preussen schicksalsschwersten Tages des 19. Jahrhunderts: des 14. Oktober 1806, des Tages der Schlacht von Jena und Auerstädt, dem die Schreckensnacht folgte, in der ihn Christiane mit ihrem Leibe vor dem Tode bewahrte.

Hermann Ulbrich-Hannibal.

Hausfrauenorganisation.^x

SPD. Die Frauenbewegung musste die vollständige berufliche und staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Frau an die Spitze ihres Kampfes stellen. Ueber das Problem "Hausfrau und Hauswirtschaft" hat man jahrzehntelang weder gesprochen noch nachgedacht. An der Ueberwindung dieser Einstellung haben verschiedene Ursachen mitgewirkt. Einmal war es die Erkenntnis: eine rationalisierte Produktion erfordert auch einen rationalisierten Markt, und die Hausfrau bestimmt diesen Markt, denn statistische Erhebungen in Wien und in Amerika haben ergeben, dass von 100 einkaufenden Menschen in Wien 80 Frauen und 20 Männer sind, in Amerika sogar 90 Frauen und nur 10 Männer. Deshalb musste das Studium des Absatzes, die Markterforschung, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung der Hausfrauen aufzeigen. Da eine reine Warenreklame sehr an Wirkung eingebüsst hat, wurden andre Methoden angewendet, vor allem hauswirtschaftliche Belehrung in vielfältigen Formen, vom Kochvortrag bis zu wissenschaftlichen Vorträgen. Daneben hat die wissenschaftliche Markterforschung aber auch das ernste Problem "Hauswirtschaft" gefunden, denn wie sollen wir zu einer rationellen, betriebswissenschaftlich aufgebauten Gesellschaft kommen, wenn der Kleinbetrieb "Hauswirtschaft" so bleibt, wie er ist! Wie der kleinbäuerliche Betrieb dem Grossbetrieb nicht restlos weicht, so wird auch der hauswirtschaftliche Betrieb nicht einfach und restlos vom Grossbetrieb abgelöst, denn hier muss ja die unbezahlte Hausfrauenarbeit durch bezahlte und sozial geschützte Arbeit ersetzt werden.

Diese Entwicklung hat die Volkswirtschaft praktisch und wissenschaftlich zur Erforschung des Haushaltes als sozialer Erscheinung geführt, und wenn heute vielfach Normenausschüsse und Rationalisierungsorganisationen auch an die Hausfrau denken, so geschieht das vor allem, weil der Faktor "Hauswirtschaft" nicht mehr übersehen werden kann. Aber auch die Frauenbewegung selbst hat die Hausfrau wieder entdeckt. Nicht alle ausserhäuslichen Berufe, die die Frauen erobert haben, können Geist und Seele der Frau befriedigen. Die eintönige Arbeit der mechanisierten Unternehmungen, ob es nun Werkstätte oder Büro ist, findet bei vielen Frauen nicht jene innere Anteilnahme, die sie für ihren Haushalt empfinden, der ihnen viel mehr persönliches Eigenleben gestattet als die mechanisierte Berufstätigkeit. Deshalb verlassen immer wieder Frauen, sobald sie einen Haushalt und eine Familie haben und es ihre Lebensbedingungen gestatten, ihren Beruf, und selbst junge Mädchen betrachten den Beruf nur als Uebergangsperiode zur hausfraulichen Tätigkeit. Viele Millionen Hausfrauen sind heute nur Hausfrauen. Deshalb setzt sich mehr und mehr die Ansicht durch, dass "Hausfrau sein" ein Beruf ist. Diese Entwicklungstendenzen haben schon vor einigen Jahren zur Gründung von Hausfrauenorganisationen geführt, die sich in den einzelnen Ländern sehr verschieden entwickelt haben. Diese Hausfrauenorganisationen sind bürgerliche Organisationen, die zumeist kleinbürgerliche und mittelständische Kreise erfassen. Je mehr aber die Arbeiterbewegung durch Gewerkschaften, Partei und Genossenschaften in diese Kreise eindringt, umso mehr

entsteht die Frage, in welcher Form wir Hausfrauenorganisationen aufbauen könnten, die die wirtschaftlichen und persönlichen Interessen der Hausfrauen vertreten und ihnen neue Ziele und Wege weisen.

Dabei darf eines nicht übersehen werden. Die Gewerkschaften geben ihren Mitgliedern, deren berufliche Interessen sie vertreten, einen erweiterten Lebensinhalt, indem sie den Mitgliedern zeigen, wie sie aus ihrer beruflichen Tätigkeit Werte für künftige soziale und wirtschaftliche Gestaltungen der Gesellschaft schaffen können. Die bürgerlichen Hausfrauenorganisationen können solche Ziele nicht finden, weil sie restlos auf dem Boden der bestehenden Wirtschaftsordnung stehen und nicht eine höhere Entwicklung der sozialen Verhältnisse wollen. Die Hausfrau wird durch die neu bestehenden Hausfrauenorganisationen nicht über den engen Kreis der Familie und der Hauswirtschaft hinausgeführt; sie erhält nicht die höhere Weihe für ihre Berufstätigkeit, die sie allein voll befriedigen kann. Ihr Leben bleibt Einzelschicksal und wird nicht Massenschicksal. Nun haben wir heute schon in vielen Ländern eine Hausfrauenorganisation, die zwar ein andres Gewand trägt, aber den Hausfrauen beides geben kann: praktische Hilfe und Belehrung und dazu neue Ziele und eine höhere soziale Wertung des Hausfrauenberufes. Das sind die genossenschaftlichen Frauenorganisationen, die sich im letzten Jahrzehnt in den meisten europäischen Staaten entwickelt haben. Die Konsumgenossenschaften müssen ja diese Hausfrauen gewinnen, wenn sie den Markt erobern und die neue Grundlage für eine rationalisierte Wirtschaft aufbauen wollen. Die Konsumgenossenschaften und die Hausfrauen aller Kreise, die eine andre Gestaltung des wirtschaftlichen Lebens der Gegenwart wollen, finden sich bei gegenseitigem Verständnis sehr leicht, und beide können durch eine solche Zusammenarbeit nur gewinnen.

Als Hausfrau arbeitet die Frau wohl immer indirekt für die Gesellschaft, wenn sie ihren Haushalt führt und ihre Kinder erzieht. Aber die gesellschaftsgestaltende Kraft, die die Hauswirtschaft haben muss, wenn sie den Hausfrauen höhere Ziele geben soll, empfängt die Hausfrau doch erst durch die Konsumgenossenschaften. Indem sie ihre Kaufkraft zielbewusst zur Umgestaltung der bestehenden Wirtschaft in eine auf Bedarfsdeckung eingestellte und nach neuen gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen aufgebaute Gesellschaft verwendet, gewinnt sie die Weltwirtschaft, die ihr als direkte Arbeitsstätte bisher verschlossen geblieben ist. Die Hausfrau und besonders die politische Kämpferin will natürlich auch Anteil an der neuen Zeit im Rahmen ihres Hausfrauenberufes und nicht ausserhalb des Berufes und der Familie gewinnen. Sie will nicht nur geistig, sie will auch durch ihren Beruf an der Umgestaltung der Gesellschaft mitarbeiten. Alles, was heute die bürgerlichen und mittelständischen Hausfrauenorganisationen den Hausfrauen bieten, kann natürlich diese Organisation auch bieten, vom Kochvortrag bis zur wissenschaftlichen und volkswirtschaftlichen Erziehung und vom theoretischen Ziel bis zur Ausprobung neuer Waschmittel und neuer arbeitsparender Apparate. Das weite Gebiet der Volksernährung, der Handelsspanne und der Preisbildung, die Erkenntnis neuer Ernährungsmethoden und vieles andere kommt in den Bereich der Tätigkeit, die dabei das Ziel, die Hausfrau zur Trägerin der genossenschaftlichen Organisation zu machen, nicht ausser Acht lassen darf.

Nur einige Zahlen: in Wien, der Stadt, wo die grösste politische Frauenorganisation der Welt besteht, nicht nur der sozialistischen Welt, konnte die genossenschaftliche Frauenorganisation vom November 1930 bis zum 1. Juni 1931 27 196 Hausfrauen bei hauswirtschaftlichen und anderen Veranstaltungen sammeln. In Graz, der zweitgrössten Stadt Oesterreichs, fanden 315 Veranstaltungen in einem Jahre statt, fast jeden Tag eine, darunter regelmässige Zusammenkünfte in einem Hausfrauenheim, das die Genossenschaft den Frauen eingerichtet hat, sodass auch hier im Monatsdurchschnitt 1 400 bis 2 000 Frauen erfasst werden konnten. Selbst in kleinen Orten mit 5 000 Bewohnern konnte man in einem Vierteljahr 4 885 Frauen zusammenführen, trotzdem es dort 700 Arbeitslose gibt und kein Betrieb voll arbeitet. Es würde zu weit gehen, wollten wir versuchen,

alle Erfahrungen zahlenmässig darzustellen, aber gewiss ist: die Frauen haben dank dieser Arbeit die Anerkennung der Genossenschaftsbewegung und auch, soweit es möglich ist, und ihren Fähigkeiten entspricht, die Parität in den Vertretungskörpern erhalten. In den 41 grössten Konsumgenossenschaften arbeiten als Mitglieder der Abgabestellenausschüsse 2 466 Männer und 2 582 Frauen. In der Konsumgenossenschaft Wien sind Frauen im Präsidium, im Aufsichtsrat und im Vorstand vertreten, und so ist es in vielen anderen Genossenschaften.

Jedenfalls zeigt diese praktische Erfahrung den Weg zu einer Hausfrauenorganisation, die wir wirtschaftlich für die Ziele der arbeitenden Menschen nutzbar machen können. Nichts wäre so unbedacht und gefährlich, als wenn wir dieses Gebiet vollständig den andern Organisationen überlassen würden, die heute vielfach die Agenten für private Firmen und für die wirtschaftlichen und politischen Gegner der Arbeiterklasse sind. Wir müssen Hausfrauen nur den Weg ebnen; sie werden ihn dann erfolgreich beschreiten können.

Emmy Freundlich (Wien).

Der weibliche Heimingenieur.^x

SPD. Die grosse Ueberfüllung aller Berufe bringt es mit sich, dass heute die Frauen versuchen, auch in solche Gebiete einzudringen, die man noch vor wenigen Jahren als ausschliesslich dem Manne vorbehalten betrachtete. Die Arbeit auf den Gebieten der Technik, die Ingenieurwissenschaft, die starke mathematische Begabung, logisches Denken, Freude an den Schöpfungen aus Stahl und Eisen voraussetzt, schien dem innersten Wesen der Frau zu widersprechen, und nur selten fand man auf den Technischen Hochschulen junge Mädchen, die auf das Ziel hinarbeiteten, selbständiger Maschineningenieur zu werden.

Inzwischen ist die Entwicklung auch auf diesem Berufsgebiete mit rasender Schnelligkeit vorwärts geschritten. Die Technik hat auch im rückständigen Kleinbetriebe, den wir kennen, im Haushalt, Eingang gewonnen, und die moderne Hausfrau hat sich durch Staubsauger und Waschmaschine, durch tausend kleine Erleichterungen und Verbesserungen rasch mit dem neuen Eindringling angefreundet. Technische Aufsätze, praktische Winke in den Tageszeitungen tun das Ihrige, um diese Kenntnisse der Hausfrau zu erweitern und ihr die Möglichkeit zu geben, kleine Reparaturen im Haushalt selbst auszuführen. So bildet sich allmählich ganz von selbst ein neues Frauengebiet heraus, ein Beruf, der ureigenstes Frauenwirken umfasst: Es ist der weibliche Heimingenieur, der alle Möglichkeiten der Verbesserung des Haushaltes überblickt, der sein Ziel darin sieht, mit möglichst grössten Ersparnissen, unter Anwendung möglichst geringen Zeit- und Kraftaufwandes, Küche und Haushalt zu leiten. Vor allem in England und Amerika kennt und schätzt man diesen modernen Frauenberuf, denn gerade eine Frau vermag es, auf dem Gebiete des Haushaltes durch ihren Einspruch viel Unpraktisches, Teures, Unrentables zugunsten praktischer, billiger Neuerungen umzugestalten. So manche englische und amerikanische Fabrik von Haushaltsgegenständen holt heute erst den Rat des weiblichen Heimingenieurs ein, bevor sie eine Haushaltsmaschine oder eine sonstige Neuerung in Auftrag gibt. In England haben sich die weiblichen Ingenieure bereits zu einem Ingenieur-Verein zusammengeschlossen, um ihre Rechte besser vertreten zu können. Ihm gehören heute eine stattliche Anzahl technisch vorgebildeter Frauen, leitende Ingenieurinnen (unter anderem zwei Direktorinnen einer Flugzeugmaterialfabrik, die nur Frauen beschäftigt) und andere, irgendwie in technischen Betrieben tätige Frauen an. Noch etwas weiter vorgeschritten ist diese Entwicklung in Amerika, wo man bereits Betriebsingenieurinnen eingestellt hat. Aber auch als Werbeingenieur kann die Frau heute ihr Brot verdienen, denn gerade die modernen Haushaltsfabriken und Betriebe sind darauf angewiesen, durch aufklärende

Vorträge, Werbeartikel und sonstige geschickte Propaganda die Frauen an der Technik und ihrer Verbesserung zu interessieren.

In Deutschland gehört die Frau als Ingenieur immer noch zu den Seltenheiten, obwohl schon vor nahezu einem Jahrzehnt Studentinnen Technischer Hochschulen sich das Diplom eines Ingenieurs des Maschinenbaus erworben haben. Aber je weiter die Technik fortschreitet, umso mehr bedarf sie gerade auf bestimmten Gebieten der tätigen Mitarbeit der Frau, und zwar nicht nur der akademisch vorgebildeten, sondern auch der technisch interessierten Hausfrau, der technischen Propagandistin, die überall Interesse und Aufnahmefähigkeit für die Entwicklung der Haushaltstechnik erzeugt, und die damit immer mehr zur unerlässlichen Helferin des Fachmannes und des fachmännischen Betriebes heranreift.

Elke.

SPD. Heirat ohne Standesamt.^x Der "Schmied von Gretna Green" war noch vor einigen Jahrzehnten berühmt, weil ihm nach altem schottischen Gesetz das Recht zustand, ohne weitere Formalitäten Schnelltrauungen vorzunehmen. Es geschah nicht selten, dass Liebespaare aus aller Herren Länder, auch aus Deutschland, die nach heimischem Rechte nicht getraut werden konnten, nach Gretna Green flüchteten, um dort ehelich verbunden zu werden. Noch heute sind in Schottland - diese Frage wird gegenwärtig von der britischen Regierung geprüft - nach schottischem Recht Eheschliessungen möglich, wenn die Heiratswilligen vor Zeugen erklären, dass sie gewillt sind, eine Ehe mit einander einzugehen. Durch eine solche einfache Erklärung wird die Ehe rechtsgültig, vorausgesetzt, dass beide Eheschliessenden gewöhnlich in Schottland leben oder einer von ihnen mindestens 21 Tage unmittelbar vor der Trauung in Schottland gewohnt hat.

SPD. Das erste Rettungsheim für Frauen im Mittelalter.^x In der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts schenkte eine Bordellinhaberin in Prag ihr Haus (Nr. 309 in der Venediger Gasse) einem Vorläufer des Johannes Hus, dem Prediger Johann Militsch. Dieser errichtete darin ein Heim für Mädchen, die die Frauenhäuser verlassen wollten. Die Mädchen erhielten dort Obdach und Pflege, bis sie einen Dienst gefunden hatten, oder bis ein Mann sie heiraten wollte. Dies Haus, "Jerusalem" genannt, ist wohl das erste Rettungsheim für gefährdete Mädchen in Europa gewesen. Als solches bestand es bis zum Jahre 1364.

SPD. Ein ausgezeichnete Kinderpsychologe.^x Der General Ho-Chien in China hat die Aufführung des englischen Kinderstücks "Alice im Wunderland" verboten, weil darin Tiere vorkommen, die wie Menschen sprechen, denken und handeln. Dieses Zensurverbot begründet der hochwohlweise Herr General damit, dass durch diese Vermenschlichung der Tiere die Würde des Menschen in den Augen des Kindes herabgesetzt werden müsse.

SPD. Wer einen Fehler nicht verbessert, der begeht einen neuen Fehler.

Japanisches Sprichwort.

Preussischer Landtag

247. Sitzung.

-----SPD. Berlin, den 9. Juli (Eig. Ber.)

In der Donnerstag-Sitzung des Landtags gab Abg. Weissärmel (Dtn.) die Erklärung ab, dass der frühere deutschnationale Abgeordnete Klein-Halensee aus der Fraktion ausgeschlossen worden sei, weil er sich, ohne der Partei sein Mandat zur Verfügung zu stellen, mit der Nationalsozialistischen Partei in Verbindung gesetzt hätte. Die Austrittserklärung Kleins sei erst später eingegangen, übrigens habe Klein diese Austrittserklärung nachträglich als dumm und unüberlegt wieder zurücknehmen wollen.

Zur Geschäftsordnung führt Abg. Jürgensen (Soz.) Beschwerde darüber, dass ein Pamphlet über das Volksbegehren in die Mappen der Abgeordneten gelangt sei, ohne dass man erkennen könnte, von wem dies ausginge. Die sozialdemokratische Fraktion protestiere gegen diese anonyme Feigheit. Präsident Bartels teilt mit, dass sich leider in der Tat nicht habe feststellen lassen, von wem die Verbreitung dieser Flugschrift für das Volksbegehren im Hause ausgehe. Er habe die Botemeisterei angewiesen, Vorkehrung gegen die Wiederholung eines solchen Vorfalles zu treffen. - Es folgt der Bericht des Untersuchungsausschusses über die Kroll-Oper.

Abg. Frau Dr. Wegscheider (Soz.): Es mag zugegeben werden, dass der Vertrag zwischen Staat und Volksbühne, der von den volksparteilichen Ministern Dr. Boelitz und Dr. von Richter unterzeichnet ist, Unklarheiten enthalten hat und nachträglich zu Zweifeln Anlass gibt. Aber der Untersuchungsausschuss hat bei keinem Beamten eine Verfehlung oder auch nur eine Nachlässigkeit feststellen können. Gerade die rechtliche Unsicherheit der Vertragsbasis zwingt vernünftige Vertragspartner, einen Vergleich zu schliessen. Wenn Rechtsparteien und Kommunisten gegen diesen Vergleich Sturm laufen, so allein aus dem politischen Grunde, dass sie nicht nur die Krollbühne vernichten, sondern auch gleichzeitig der Volksbühne einen Schlag versetzen wollen. Wenn ganz ohne Vertrag der Preussische Staat sich entschliesse, der Volksbühne einen jährlichen Zuschuss von 100 000 Mark zu geben, also das was der Vergleich vorschlägt, bliebe die Leistung des Staates noch durchaus im Rahmen des Vernünftigen und des für die soziale Kunstpflege Richtigen. (Sehr gut! bei den Soz.) Wir hoffen, dass der Vertrag zustande kommt und dass die Volksbühne das starke Echo schöpferischer Künstler bleibt, das gerade in diesen schweren wirtschaftlichen Nöten das arbeitende Volk davor bewahrt, der Hoffnungslosigkeit zu verfallen. (Bravo! bei den Soz.)

Nach weiterer längerer Debatte, in der Grebe (Zt.) und Dr. Bohner (Staatspartei) für die Volksbühne, die Redner aller anderen Parteien, insbesondere die Kommunisten gegen die Volksbühne sprechen, werden die Feststellungen des Untersuchungsausschusses vom Landtag bestätigt. Bei dem Kroll-Vertrag zwischen Volksbühne und Staat treiben Kommunisten und Rechtsparteien wiederum gemeinsam Obstruktion und geben bei der namentlichen Abstimmung keine Karten ab; es sind jedoch drei Abgeordnete mehr anwesend als zur Beschlussfassung notwendig ist. Der Vertrag wird unter lebhaftem Beifall der Regierungsparteien mit 227 gegen 2 Stimmen angenommen.

Es folgt die namentliche Abstimmung über den kommunistischen Antrag auf Auflösung des Landtags. Dafür stimmen alle Parteien des Stahlhelm-Volksbegehrens und die Kommunisten. Der Antrag wird mit 229 gegen 190 Stimmen abgelehnt. (Pfuirufe bei Nationalsozialisten und Kommunisten.) Für den Antrag, den Polizeipräsidenten Grzesinski wegen Zulassens der Spartakiade seines Amtes zu entheben, stimmen Nationalsozialisten, Deutschnationale, Wirtschaftspartei, Deutsche Fraktion und Kommunisten. Der Antrag wird bei Stimmenthaltung der Volkspartei mit 227 gegen 165 Stimmen abgelehnt.

Die Anfrage wegen Nichtübertragung der Stahlhelmfeier in Breslau durch den Rundfunk beantragen die Deutschnationalen dem Hauptausschuss zu überweisen. Gegen

die Stimmen der Rechtsparteien wird die Anfrage für erledigt erklärt.

Es folgt das Wirtschaftshilfsprogramm für den Oberharz, das nach längerer Begründung durch den Berichterstatter Abg. Leinert (Soz.) angenommen wird.

Ebenso wird die Staatsbeihilfe für die Heil- und Pflegeanstalt Riesenberg in Westpreussen beschlossen.

In der fortgesetzten Aussprache über das vom Hauptausschuss empfohlene Arbeitsbeschaffungsprogramm weist Abg. Häese-Wiesbaden (Soz.) die unsinnigen Angriffe der Kommunisten gegen die Gewerkschaften kräftig zurück.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm wird gutgeheissen. - Weiterberatung Freitag 9½ Uhr.

Landtags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 9. Juli (Eig. Bericht)

Die Entscheidungen sind im Preussischen Landtag am Donnerstag erwartungsgemäss gefallen. Nach einer längeren Debatte über den Vertrag zwischen Staat und Volksbühne, in der Rechtsparteien und Kommunisten ihren Aerger über die Teilnahme der Arbeitermassen am Kulturleben auf dem Gebiet des Theaters durch Schimpfreien und juristische Tüfteleien zum Ausdruck brachten, gelang es endlich nach mehreren Monaten, die Obstruktion der vereinigten Stahlhelmparteien und Kommunisten zu brechen. Die Mehrheit hatte von ihren 232 Abgeordneten 229 zur Stelle, d.h. drei mehr, als zur Beschlussfähigkeit des Landtages notwendig waren. So wurde der Vertrag mit 227 gegen 2 Stimmen angenommen.

Es folgte die Entscheidung über das Stahlhelm-Volksbegehren. Genauer gesagt die Kommunisten hatten sich geweigert, direkt für das Stahlhelm-Volksbegehren einzutreten; so hatten sich Pastor Koch und Schulz-Neukölln, der unwahrhaftigste Gottesstreiter und der schimpflustige Gottlosenpropagandist, dahin geeinigt, über einen kommunistischen Antrag auf Auflösung des Landtages abzustimmen, für den geschlossen die ganze Stahlhelmfront neben den Kommunisten auftrat. Aber auch dieser Auflösungsantrag wurde mit den 229 Stimmen der Regierungsparteien gegen 190 Stimmen derer vom Hakenkreuz und Sowjetstern abgelehnt.

Dann wurde ein besonders komischer Antrag behandelt. Die Deutschnationalen hatten gefordert, den Polizeipräsidenten von Berlin Grzesinski seines Amtes zu entsetzen, weil er das Nazisportfest verboten und die Spartakiade zugelassen hätte. Inzwischen ist die Spartakiade verboten worden. Ausserdem hat allmählich jedes politische Kind erfahren, dass Grzesinski seit mehreren Wochen in Urlaub war und weder an der Entscheidung über Spartakiade noch an der über Nazisportfest teilgenommen hat. "Tut nichts, der Jude wird verbrannt". Für die Amtsentsetzung Grzesinskis, begründet mit dem Märchen, er habe die Spartakiade erlaubt, stimmten Nazi, Deutschnationale und Kommunisten. Die KPD hat damit eine neue Methode des politischen Masochismus entdeckt: jeder preussische Beamte, der sie nicht brutal genug behandelt, muss rausgeschmissen werden.

Der Landtag erledigte dann noch ein unendliches Programm kleinerer praktischer Vorlagen: Wirtschaftshilfe für den Oberharz, Unterstützung der provinziellen Anstalten der Provinz Westpreussen, Arbeitsbeschaffungsprogramm. Aber er konnte das Pensum nicht vollständig schaffen. Am Freitag muss eine Schluss-sitzung stattfinden.